

DIE DRITTE WELT DER FRAUEN



BILDUNG FÜR MENSCHEN IN FREIHEIT

Eine laute Stimme, die für Erneuerung, aber auch für Bewahrung der Werte sprach, ist verstummt; ein jederzeit sichtbares Bemühen um Schutz der persönlichen Freiheit ist beendet:

Dr. Herta Firnberg ist am 14. Februar 1994 verstorben.

Die immer adrette und um Ästhetik werbende („Kunst muß nicht provozieren.“) Mittelschülerin fiel durch außerordentliche Begabung und Einsatzfreudigkeit auf. In ihrer Dissertation „Lohnarbeit im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit“ wies sie die Folgen sozialer und nationaler Beeinträchtigung nach. Und es gelang ihr, in den elf Jahren der Diktaturen ihr Wissen zu vertiefen und zu verdichten.

Nach dem Inferno war sie als Bibliothekarin und Statistikerin erfolgreich tätig; im IWK leitete sie die neugegründete Sozialstatistische Arbeitsgemeinschaft. Bald galt sie als kompetente Expertin und wurde in die Politik berufen. Unermüdlich war sie im österreichischen Parlament, aber auch im Europarat um Hochschul- und Wissenschaftspolitik bemüht und wurde schließlich in den dreizehn Jahren ihrer Amtsführung als Wissenschaftsministerin die erfolgreiche Reformatorin des österreichischen Bildungswesens; Teilergebnisse in der europäischen Integration hat sie noch erleben dürfen.

Wir trauern sehr um sie; und werden, ihr zum Dank, verstärkt bemüht sein, dem freien Geist Heimstatt zu bieten.

Dr. Johann Altenhuber
Präsident

Univ.Prof.Dr. Alfred Gisel
Ehrenpräsident

Dr. Helga Kaschl
Generalsekretärin

IM NAMEN DES INSTITUTS FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST



Herta Firnberg und Alfred Gisel, 1971
25 Jahre Institut für Wissenschaft und Kunst



DIE DRITTE WELT DER FRAUEN

INHALT:

<i>Andrea Husnik</i> DIE MACHT ZUR VERÄNDERUNG – Frauen in der sogenannten Dritten Welt	2
<i>Ulrike Lunacek</i> „WEM GEHÖRT DIE POLITIK?“ Politisches Handeln von Frauen in Lateinamerika	9
<i>Hilde Langthaler</i> AIDS – FOLGE UND URSACHE VON UNTERENTWICKLUNG?	13
<i>Dorothea Gaudart</i> FRAUENRECHTSBILDUNG IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	21
<i>Elfriede Fritz</i> WAS SOLLEN FRAUEN VOM FREIHANDEL HALTEN?	25
<i>Ursula Achtsnit</i> TRADE, NOT AID	29
DIE AUTORINNEN	32

Umschlag: Darstellung einer Geburt. Ausschnitt aus einer afrikanischen Felsenmalerei.
Aus: Heinrich Loth, Die Frau im alten Afrika, Wiesbaden 1986.
Wir danken der Sächsischen Landesbibliothek, Abteilung Deutsche Fotothek,
für die Veröffentlichungsgenehmigung.

MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST,
49. JAHRGANG 1994 / NR. 1, öS 50,-

Linie des Blattes: Verständigung der Öffentlichkeit über die Arbeit des Instituts für Wissenschaft und Kunst
sowie Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Arbeiten, die damit im Zusammenhang stehen.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Institut für Wissenschaft und Kunst. Redaktion: Dr. Helga Kaschl.
Alle 1090 Wien, Berggasse 17/1, Telefon / Fax: (1) 34 43 42. Satz: Büro Hannes Riedinger, 3423 St. An-
drä-Wörtern, Schloßgasse 7, Telefon / Fax / Modem: 0 22 42 / 38 414. Druck: Glanz & Hofbauer
Ges.m.b.H., 1200 Wien, Treustraße 5, Telefon (1) 330 73 67.

ANDREA HUSNIK

DIE MACHT ZUR VERÄNDERUNG – Frauen in der sogenannten Dritten Welt

„Der drohende globale Ökollaps macht die Suche nach neuen Konzepten, aber auch nach neuen Akteuren, notwendig. Wie ist der Planet noch zu retten und wer kann dies leisten? ... Nicht nur der Ökofeminismus, auch die internationale Frauendebatte über Entwicklungstheorie und die Projektkonzeption der praktischen Entwicklungszusammenarbeit bestimmen die Rolle von Frauen ambivalent: Sie sind in besonderer Weise Leidtragende der Umweltzerstörung, Opfer, gleichzeitig wird ihnen eine Sonderstellung bei der Ressourcennutzung und eine Vorreiterfunktion bei der Bewahrung der Umwelt, ja bei der Rettung der Natur zugewiesen.“

(Wichterich 1993)

Im Patriarchat werden Mehrheiten in einer künstlichen Verknappung gehalten. Ihre Teilnahme an Ressourcen wird der Mehrheit erschwert, oft sogar verweigert. Erkennbar ist dies etwa an der Nord-Süd-Problematik und dem Hierarchieproblem zwischen Männern und Frauen.

Weltweit haben 20% der Reichsten einen Anteil von 82,7% am Welt-Bruttosozialprodukt, 81,2% am Welthandel, 94,6% an den kommerziellen Krediten, 80,6% an den inländischen Ersparnissen und 80,5% an den inländischen Investitionen.

Das bedeutet: 24% der Weltbevölkerung der nördlichen Industriestaaten verbrauchen 70% der Energie, 75% der Metalle, 85% der Wälder und 60% der Nahrungsmittel. (UNDP, 1992)

Obwohl Frauen die Hälfte der Weltbevölkerung und ein Drittel der offiziellen Arbeitskräfte stellen, erhalten sie nur 10% des Welteinkommens, und ihnen gehört weniger als 1% des Weltbesitzes. (UN-Konferenz, Kopenhagen 1980)

Der Kampf des weißen Mannes um seine Privilegien erfolgt auf internationaler Ebene mittels Handelsrestriktionen, Einfuhrquoten, Agrarsubventionen, in Regelungen wie GATT und in Zusammenschlüssen wie EWR, NAFTA.

Eines der Ziele des GATT ist die Förderung des freien Welthandels durch den Abbau von Zollschranken. Als Folge werden, laut einer Studie der Weltbank und der OECD, zwei Drittel der erwarteten Einkommenszuwächse den Industrieländern, d. h. nur einem Drittel der Weltbevölkerung zugute kommen. Für Indonesien und Afrika werden Einkommenseinbußen von bis zu sieben Milliarden US-Dollar jährlich erwartet. (Südwind 1–2/1994).

Der Zusammenhang von Ökologie und Frauenfragen trat schon in den 70er Jahren in den USA (z. B. Mary Daly) in Erscheinung. In Frankreich prägte 1974 Françoise d'Eaubonne den Begriff „Ökofeminismus“. Mit einer gewissen Verzögerung wurde dieser auch in

Deutschland und in der österreichischen Frauenbewegung diskutiert.

1986 veranstalteten die Deutschen Grünen einen Standortbestimmungskongreß mit dem Titel „Frauen und Ökologie“. Dort wurde erstmals in der BRD der Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung, Kapitalakkumulation und Frauenverachtung in den Industrieländern und der sogenannten Dritten Welt aufgezeigt.

Die Entwertung der Frau sei ein Problem der Entökonomisierung der Überlebensproduktion, weshalb

1. eine ökologische Gesellschaft notwendigerweise die Frauenbefreiung fördern muß,
2. die Frauenbefreiung eine ökologische Gesellschaft voraussetzt,
3. beides nicht ohne Aufhebung der Ausbeutung der Dritten Welt geschehen kann.

(Werlhof / Mies / Bennholdt-Thomsen 1988)

Frauen wurden auch international zunehmend sichtbarer – ein Prozeß, vor allem von den NGOs vorangetrieben. 1975 bildete sich das IWTC (International Women's Tribune Centre). Es fungiert als eine Organisation der Unterstützung und Vernetzung von Frauenprojekten. 1982 wurde WorldWIDE (World Women Working for Women Dedicated to the Environment) gegründet, das Politikern und Öffentlichkeit Daten über die Auswirkung von Umweltzerstörung und Frauenansichten zu diesem Thema vermitteln soll. 1987 entstand eine Arbeitsgruppe „Frauen, Umwelt und Maßnahmen zur Erhaltung der Natur“. Diese Einrichtung stand unter der Schirmherrschaft der IUNC (Working Group on Women, Environment and Sustainable Development). (Davidson / Dankelman 1990). 1984 schlossen sich in Bangalore (Südin Indien) Frauen aus den Bereichen „Forschung“, „Projekte“ und „Politik“ zusammen und gründeten DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era). Ein Jahr später präsentierten sie in Nairobi auf der Weltfrauenkonferenz ein Plädoyer für ein anderes Entwicklungsparadigma und eine Vision einer „Gesellschaft aus Frauenperspektive“. Sie forderten und fordern noch immer eine Beteiligung der Frauen an politischen Entscheidungen, Produktionsmitteln, Ressourcen und eine Stärkung von Frauenorganisationen und -projekten. Sie konstatierten, daß Umweltverschmutzung, Unterdrückung, Ausbeutung und Mißachtung der Integrität der Natur mit der Gewalt und Unterdrückung der Frauen einhergehen.

DAWN sieht als Hauptaufgabe an, die Meinungsbildung zu fördern und eine globale Zusammenarbeit für eine gerechte Entwicklung zu schaffen. (Davidson / Dankelman 1990)

DAWN fördert die Kommunikation und den Zusammenschluß von Frauengruppen in der sogenannten Dritten Welt und arbeitet als Netzwerk und Katalysator, und auf „Empowerment“ der Frauen – als einen Prozeß gesellschaftlicher Neuverteilung von Macht hin.

Margarita Arias aus Costa Rica sagte in ihrer Eröffnungsrede am „Welt-Frauen-Kongress für einen gesunden Planeten“ in Miami / USA, 1991 (einer Vorbereitungskonferenz für die UNCED in Rio de Janeiro 1992):

„Niemand spricht mit so großer moralischer Autorität für den Schutz der Umwelt wie Frauen. Nur wer für ein Schutzrecht gegen Übergriffe auf den eigenen Körper gekämpft hat, kann die Vergewaltigungen und Plünderungen unserer Wälder, Flüsse und Böden verstehen.“

Die Forderungen dieser Konferenz betrafen:

1. Den Zugang der Frauen zu Nahrungsmitteln und zu Landbesitz.
2. Die biotechnische Forschung muß strengeren Regeln unterworfen werden. Um den Süden vor kommerzieller Ausbeutung seiner genetischen Ressourcen zu schützen, muß gegen die Patentierung von Lebensformen vorgegangen werden.
3. Neue Technologien dürfen nicht nur auf Basis von Effizienz und Sicherheit genehmigt, sondern es müssen auch soziale und wirtschaftliche Faktoren miteinbezogen werden.
4. Das männliche Wissen um die Risiken der Biotechnologie soll in klarer Sprache der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
5. Atomtests sind einzustellen, Militärausgaben müssen um 50% reduziert und Umweltschutz-Korps geschaffen werden.
6. Engagierte Frauen sollen Industrien boykottieren, deren Praktiken und Produkte die Umwelt oder Gesundheit gefährden, und für einen Konsumrückgang eintreten.

(Frauensolidarität, Nr. 38)

Frauen sind leicht bei ihrem Verantwortungsbewußtsein zu „packen“. Sollen sie als die Krankenschwestern für die Erde fungieren? Als „Trümmerfrauen“? Im Norden werden Frauen in die Ökopflicht genommen (von der Mülltrennung bis zur Verantwortung für umweltverträgliche Wasch- und Reinigungsmittel), Frauen des Südens müssen trotz der Umweltzerstörung weiterhin das Überleben der Familie sichern. Für Frauen hier wie dort bringt diese Mehrarbeit jedoch kein Mehr an Rechten oder ein Mehr an Macht.

Frauen und Land haben gemeinsam, daß sie produzieren. Das kapitalistische, patriarchale System versucht diese Produktionsbedingungen zu besitzen. Die Folgen sind Unterwerfung, Aneignung und Gewalt. (Werlhof / Mies / Bennholdt-Thomsen, 1988). Weiters wird Überausbeutung von Ressourcen und Umweltzerstörung als Folge einer letztlich destruktiven Ökonomie des Weltmarktes und der kapitalistischen Wachstumsdoktrin begriffen (Wichterich, Peripherie 1993).

Zunehmend wird erkannt, daß Ökologie- und Entwicklungsprogramme, die auch wirklich eine Verbesserung für die Menschen bringen sollen, nicht auf Talente, Wissen und Erfahrungen der Frauen verzichten können. Diese Programme müssen auch zu einer Veränderung der Bewertung der „unproduktiven“ Hausarbeit, die als unverzichtbares Kapital für das Wirtschaftssystem dient, und der Rollenverteilung beitragen. In unseren Breiten wäre das BNP um 30% höher bei Anrechnung der Hausfrauenarbeit. In Afrika leisten Frauen 95% der Hausarbeit, 85% bei der Weiterverarbeitung und Lagerung der Ernte, 70% der manuellen Unkrautbekämpfung, 60% der Erntearbeit und der Versorgung der Tiere, 50% des Säens und Pflanzens; im Gegensatz dazu beträgt das Verhältnis Mann / Frau unter den landwirtschaftlichen Beratern in Lateinamerika 19 : 8; in Asien 40 : 3. (Devivere / König 1989)

Die Arbeitsleistung indischer Frauen, um Wasser und Brennmaterial zu holen, beträgt 7,2 Stunden täglich (Agarwal / Anand 1982), wobei sie sehr oft von Kindern (meist Mädchen und manchmal statt eines Schulbesuchs) unterstützt werden. (Ips Austria 03/93)

Neue Entwicklungsprogramme für Frauen müssen daher, von der Basis, den Betroffenen her kommend, ihre Anknüpfungspunkte in den unterschiedlichsten Lebensrealitäten und Erfahrungen der Frauen haben. Ein Ignorieren von Stärken, Wissen und Fähigkeiten der Frauen bringt keine dauerhafte positive Veränderung – kein nachhaltiges Wirtschaften.

Ein/e Durchschnittseuropäer/in „vernutzt“ täglich umgerechnet circa 15l Heizöl, im Vergleich dazu eine indische Familie 0,8l. (Davidson / Dankelmann 1990).

Die Welternährungsorganisation, FAO, schätzte 1980, daß im Jahr 2000 12% des verbliebenen tropischen Regenwaldes verschwunden sein werden. (World Resources 1986) Die Wasserscheidenwälder des Himalayas sind in den letzten dreißig Jahren um 40% zurückgegangen. Von 1976 bis 1980 wurden 1,8 Millionen Hektar geschlossenen Waldes in Asien (Philippinen, Malaysia, Indien, Indonesien) „geschlagen“. (Davidson / Dankelmann 1990) Die Regenwälder liegen allesamt in „Dritte Welt“-Ländern. 40 Tonnen Bauxit müssen in Regenwaldgebieten abgebaut werden, nur um die Menge Aluminium herzustellen, die in Österreich täglich für Alu-Dosen benötigt wird. Weiters zerstören Monokulturen von schnellwachsenden Bäumen (betrieben von der Zelluloseindustrie) und Viehzucht (dafür wurden 38% der Wälder Amerikas zwischen 1966 und 1975 abgeholzt) die ursprünglichen Wälder. Die Agrarwirtschaft trocknet die Böden aus, die bei Regen leicht weggeschwemmt werden. Für Frauen der indigenen Völker war und ist der Wald ein Kosmos der Selbstversorgung: Brennholz- und Heilpflanzengewinnung, Nahrung für Mensch und Tier, Hausbaumateriallieferant. Frauen hatten und haben, wie die Chipco-Bewegung in Indien zeigt, eine holistische Wertschätzung des Waldes als Ökosystem, sind jedoch einerseits Opfer der durch die staatliche Nutzung der Wälder bzw. Privatisierung des Gemeindelandes im Zuge der grünen

Revolution bedingten Abholzung und Versteppung, andererseits werden sie als Zerstörerinnen des Ökosystems gesehen, da ihnen weiterhin Brennholz als einzigmögliche Energiequelle zur Verfügung steht.

Viele Frauen greifen nun zu anderen Verbrennungsquellen wie Kuhdung, dessen Rauchentwicklung noch gesundheitsschädlicher als die von Holz ist – insbesondere im Inneren des Hauses: Dämpfe von offenen Holzkohlen- oder Kuhdungfeuern entwickeln eine Mischung aus Benzpyrenen und Kohlenwasserstoffen. Diese schädigen Augen, Lungen und die inneren Organe. (Witthauer / Horn / Bischof 1993) Ein weiterer Nachteil der Verbrennung von Kuhdung, Blättern und Stengeln von Futterpflanzen ist, daß sie der organischen Düngung und Mulchung nicht mehr zur Verfügung stehen, und damit die Bodenqualität und somit die Qualität und Quantität der Nahrung abnimmt. (Laut Spears 1978 vermindert die Verbrennung von 400 Millionen Tonnen Dung die Getreideernte jährlich um 14 Millionen Tonnen.) Da die Frauen außerdem versuchen, auf Getreide und Früchte mit geringerer Garzeit umzusteigen, macht sich vielerorts Mangelernährung bemerkbar.

Frauen, oft Alleinerhalterinnen – in Sub Sahara Afrika sind 31% der Familienvorstände Frauen, (Ips Austria, 03/1994) – wirft man vor, daß sie Holz körbewise als Brennmaterial am Markt verkaufen. Daß diese Korbladungen oft als einzige Einkommensquelle in keinem Verhältnis zu den Lastwagenladungen der Privat- und staatlichen Wirtschaft stehen, wird von den Betroffenen sehrwohl erkannt. Ein Ausgleich zwischen den Überlebensinteressen der Frauen und einer schonenden Nutzung von Ressourcen muß daher gefunden werden. Wasser-, kalorische oder gar Atom-Kraftwerke sind erstens keine ökologische Lösung, und zweitens ist der teure Strom für die meisten Haushalte nicht erschwinglich. Ein möglicher Lösungsansatz, der auch von den Frauen kommt, wäre die Aufforstung mit Mischkulturen. Eine vielfache Nutzung des Waldes wäre möglich. Jedoch müssen Frauen Land- und Nutzungsrechte und somit Ressourcenkontrolle bekommen. Eine weitere Notwendigkeit sind verbesserte Herde (aus Lehm gebaut, mit Biogas oder Sonnenenergie gespeichert), die den Bedürfnissen und Gewohnheiten der Frauen entsprechen.

Jegliche zusätzliche Arbeit im Umweltschutzbereich müßte angemessen entlohnt werden. Boykotts, Arbeitsvernachlässigungen, Gleichgültigkeit und andere kontraproduktive Verhaltensweisen als Reaktion auf die Überforderung würden dadurch wegfallen. Auf der „Makroebene“ läßt dieselbe Entwicklungs- und Energiepolitik, die durch Staudammprojekte und Bergbau große Waldgebiete zerstört, Frauen auf der „Mikroebene“ die Aufräumarbeiten durchführen, indem sie sie die Bäumchen pflanzen läßt (Wichterich 1992), von denen sie nicht profitieren. Die Verantwortung und die Mehrarbeit für die kaputte Umwelt wird den Hausfrauen zugeschoben. „Let the women do it“ lautet das Motto – im Norden wie im Süden.

Daraus könnten und sollten auch Verständnis und

Solidarität der Frauen im Norden für die im Süden entstehen.

„Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung beim Umweltschutz in Nord und Süd verläuft entlang derselben weltumspannenden Linien: Während Männer die umweltpolitischen Entscheidungen in Verbänden, Parteien und Regierungen treffen und mit high tech zum Ressourcenschutz und -management anrücken, bleibt den Frauen die pflegerische Klein- und Drecksarbeit an der Gesundheit der Menschen und der Natur.“

(Wichterich 1992)

Nach Schätzungen der UNEP (Umweltorganisation der Vereinten Nationen) gibt es 850 Millionen Menschen, die in von Verwüstung bedrohten Gebieten leben. (Südwind, 5/93)

Vor allem in Afrika ist Desertifikation, im Sinne eines Verlustes an Vegetation, das größte Umweltproblem. 80% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche in Afrika unterliegen bereits unmittelbar einer Versteppung. (Wichterich 1992)

Desertifikation schreitet noch immer voran. Ursache ist nicht nur eine Klimaverschlechterung und der Raubbau an Wäldern, sondern auch der Anbau von Monokulturen. Bestimmt für den Export, sollen Hölzer und Agrarprodukte die staatlichen Schulden tilgen.

Saatgut und natürliche Produktionsmittel werden als „Waren“ kommerzialisiert, den Bäuerinnen die Kontrolle über ihre Ressourcen genommen. Sie werden abhängig gemacht, und es wird ihnen nicht erlaubt, aus kommerziellem Saatgut Pflanzen zu ziehen, ohne den Saatgutbetrieben Patentgebühren zu zahlen.

1992 begannen die Bäuerinnen und Bauern in Karnataka sich zu organisieren. Sie starteten „Seed Satyagraha“. Im März 1993 protestierten sie gegen die GATT- Verhandlungen. Diese wollen das geistige Eigentum als Privateigentum patentieren. Die Bäuerinnen erklärten, daß ihr Wissen und die Artenvielfalt ihnen zustehen, und jede Patentierung ein Diebstahl an ihnen wäre. Das Wissen über die Zusammenhänge in der Natur bedeutet den Frauen Sicherheit und der Landwirtschaft ein Überleben traditioneller Anbaufrüchte und Anbauweisen. (Wichterich 1992)

Die Erfahrung zeigte, daß ein mehr an Technologie einen weniger fruchtbaren Boden bedingte. Trotz der grünen Revolution hat sich die Nahrungsmenge pro Kopf für die dortige Bevölkerung nicht erhöht, sondern im Gegenteil oft sogar reduziert. (Lappé / Collins 1986) Geschehen ist dies sowohl durch Verdrängung des ursprünglichen Saatgutes, erhöhten Pestizid- und synthetischen Düngereinsatzes, als auch durch großangelegte Bewässerungssysteme, die zu Wasserstau, Verringerung wichtiger Mineralien und Versalzung der Böden auf Grund der verstärkten Verdunstung führten.

Industrialisierte Landwirtschaft für den Nahrungs- und Futtermittelanbau für den Norden (Cash-Cropping) zerstört nicht nur den Regenwald, die Ackerböden und braucht die Wasserreserven auf, sondern verstrickt auch die Landbevölkerung immer mehr in das Netz der Abhängigkeiten von Grundbesitzern, Wirtschaft, Industrie und Welthandelspreisen.

Die zunehmende Verarmung der „Dritten Welt“ trifft Frauen härter, denn einerseits müssen sie zusätzliche wirtschaftliche Verantwortung übernehmen, andererseits schränkt ihr niedriger Status die Verdienstmöglichkeiten ein, sodaß sie ihre Aufgaben als Ernährerinnen nicht mehr erfüllen können. Viele Projekte bedeuten für Frauen einen zeitlichen Mehraufwand, oft sogar ohne angemessene Entlohnung.

Statt dem schonenden Umgang mit einem Ackerboden, der einmal bebaut, dann zwei oder drei Jahre brachliegend, sich erholen konnte, wird der Boden für cash-crop mit hohem Düng- und Pestizideinsatz ständig beackert, nach einigen Jahren völlig ausgelaugt. (UNEP 1982)

Einige Exportprodukte (beispielsweise Zuckerrohr) benötigen viel Wasser. Der Grundwasserspiegel sinkt, Mißernten sind die Folge. Mammutstaudammprojekte werden notwendig. (Lappé / Collins 1978)

Die grüne Revolution in der „Dritten Welt“ schädete vor allem den Frauen. Die Agrarreform brachte keine Veränderung der Besitzverhältnisse, da die soziale und ökonomische Rolle der Frau in der Landwirtschaft nicht berücksichtigt wurde. Auch weiterhin gibt es für Frauen kaum Zugang zu Krediten, technischen Hilfsmitteln und Saatgut.

Seien es die nigerianischen Ölmühlen oder die mexikanischen Tortilla-Maschinen, sie werden von Männern betrieben und sind deren Eigentum. Arbeitsleistung an der Feldarbeit, falls diese mit Geld entlohnt wird, steht vielerorts den Männern zu und untergräbt die bestehenden Rechte der Frauen.

Wegen wirtschaftlichen Interessen der Regierungen wie Kreditrückzahlungen an den Norden wird den Frauen, die zwar den größten Teil der Reproduktionsarbeit leisten, der Zugang zu fruchtbarem Land versperrt. Flächen, für den Export bewirtschaftet, steigen und im gleichen Maße geht die ausgewogene Zusammensetzung der Feldfrüchte wegen der Monokulturen verloren. Dies führt zu Hunger und Mangelernährung.

Für den Eigenbedarf muß nun Land, das weiter weg gelegen ist, von den Frauen bearbeitet werden. Diese übermäßige Arbeitsbelastung der Frauen hat dazu geführt, daß sie sich beim Anbau von Nahrungsmitteln für die Familie für solche entschieden, die weniger Arbeit erfordern, oft jedoch weniger Nährstoffe enthalten. So sinkt zwar der Nährstoffgehalt der Nahrung, dafür stehen Fahrräder und Transistorradios in den Häusern – Bedürfnisse, die vor allem von Männern geäußert werden.

Der für eine industrielle Landwirtschaft notwendige Pestizideinsatz ist eine zusätzliche gesundheitliche Belastung. Viele Menschen, ungeschult im Einsatz der Mittel, leiden unter Unfruchtbarkeit und typischen Krankheiten wie Muskelzittern, Steifheit der Glieder, Kopfschmerz und ähnlichem.

70% der Erdoberfläche ist mit Wasser bedeckt, jedoch weniger als 35% ist Süßwasser, davon das meiste in Eis und Schnee gebunden. Nur 20–30% des von Bewässerungssystemen geschöpften Wassers erreicht seinen Bestimmungsort. (World Resources 1986)

In manchen Ländern der Dritten Welt müssen Frauen bis zu vier Stunden täglich zum Wasserholen aufbringen. (Davidson / Dankelmann 1990) Frauen sind nicht nur für die Nahrungs- und Trinkwasserbeschaffung zuständig, sondern auch für Gesundheit und Hygiene.

Die Jahre 1980–1990 wurden von den Vereinten Nationen zur internationalen Dekade der Trinkwasserversorgung und Gesundheitspflege erklärt. Ziel ist der Unterricht von Frauen in der Verwaltung von Wasser und der Reparatur und Instandhaltung von Wasserquellen und Abwassersystemen.

Nun einige Fallbeispiele von Aktionen und Bewegungen, die von Frauen gegründet oder hauptverantwortlich getragen werden (Dabei kommt es immer wieder zu Störaktionen von Männern, etwa in Gujurat, Indien, oder in Sierra Leone, wo Anpflanzungen von Frauen zerstört werden mit der Erklärung, daß die von den Frauen genutzten Bäume die Kaffeesträucher behindern würden. [Wichterich 1992]):

WASSER:

1) DER DAMM DER FRAUEN IN BURKINA FASO (AFRIKA):

Im Dorf Saye am Yatenaga-Plateau plante man jahrelang einen Dammbau, um das Wasser der Regenzeit aufzufangen. Die Frauen, geplagt vom stundenlangen täglichen Wasserschleppen, setzten die Männer unter Druck und forderten den sofortigen Dammbeginn, andernfalls würden sie in ihre ursprünglichen Dörfer zurückziehen, wo es mehr Wasser gab. Nun wurde ein Termin zum Dammbau festgesetzt. Er begann mit einem großen Fest, zu dem alle kamen, um beim Dammbau zu helfen. Saye gilt als Testprojekt für andere Orte. (Davidson / Dankelman 1990)

2) DAS DORF CHIPEPO NAHE LUSAKA:

1980 startete YWCA (Christlicher Weltbund weiblicher Jugend) in Zambia ein Projekt zur „Wasserreinigung“. Die Frauen wurden angeleitet, sich mit Hilfe eines Lehmtopfes, gefüllt mit Kohle, Sand und Steinen und einem Gazetuch, ein Wasserfiltersystem zu konstruieren. Einige Zeit später lernten sie, sich energiesparende Herde zu bauen. (Zarina Geloo, in: Women's Feature Service 1992)

3) FESODEBU – ZAIRE:

Femmes Solidaires pour le Developpement du Burshi ist eine Selbsthilfeorganisation von Frauen in der ländlichen Region unweit der Stadt Bukavu im Osten von Zaire. Diese Frauenorganisation plant Projekte, verhandelt, entscheidet, sucht BündnispartnerInnen und internationale Geldgeber. So entstand die Verlegung einer Wasserleitung, die Einführung von Kaninchenhaltung zur Verbesserung der Ernährungssituation und die Gründung einer Einkaufsgenossenschaft für Produkte des täglichen Bedarfs. Eine Organisation, die ohne weiße Fachkräfte aufgebaut wurde. (E+Z, 11/91)

4) WASSER FÜR ROCHINA (BRASILIEN):

Rochina ist eine Barackenstadt in Rio de Janeiro. Bürgerinitiativen versuchten schon immer, den Abfall, der neben den Häusern lag, zu sammeln und die sanitären Verhältnisse zu verbessern, waren jedoch nur bedingt erfolgreich. 1979 plante die UNICEF gemeinsam mit den lokalen Gruppen, vor allem Frauen, und der Regierung, das Abwassersystem auszubauen. Der Platz um den öffentlichen Wasserhahn wurde geteert, ein Müllabfuhrsystem entwickelt. UNICEF zog sich nach und nach aus dem Projekt zurück und übertrug die Verantwortung den örtlichen Behörden. (Davidson / Dankelmann 1990)

5) WASSER UND SANITÄRE ANLAGEN IN SRI LANKA:

Die NGO Gruppe „Sri Lanka Mahila Samithi“ begann mit freiwillig ausgebildeten Frauen in Moneragala im Süden von Sri Lanka ein Gesundheitsprojekt. Frauen lernten dabei nicht nur die Fähigkeit, an „offizielles“ Regierungsgeld heranzukommen, sondern planten und organisierten den Bau von Sanitäranlagen. Sie lanzierten auch eine Gesundheits- und Bildungskampagne. Viele Menschen dort glaubten zum Beispiel, daß gekochtes Wasser totes Wasser sei. Mit dem Zuwachs an Wissen und Selbstsicherheit gewannen die Frauen eine immer wichtigere Rolle im Gemeinschaftsleben des Dorfes. (Vijita Fernando, in: Women's Feature Service 1992)

6) AKTIONEN MEXIKANISCHER FRAUEN:

Obwohl Frauen im Kampf um Landrechte immer an vorderster Front standen, waren sie in den Organisationen unsichtbar. Dies änderte sich 1983. Frauen schlossen sich als „Women's Regional Council of the CONAMUP“ (National Council of the Urban Popular Movement) zusammen. Es ist ein Forum für Frauen, um Schulen, Gesundheitszentren, Trinkwassersysteme, Gemeinschaftsküchen u. a. m. zu fordern und zu organisieren. (Stephen, in: Latin American Perspectives 19/92)

7) NARMADA-STAUDAMMPROJEKT (INDIEN):

Der Narmada ist der größte Fluß im westlichen Zentralindien (Gujarat, Madhya Pradesh, Maharashtra). Dort sollen dreißig große, hundertfünfunddreißig mittlere und etwa dreitausend kleine Staudämme entstehen. Hundertfünfzigtausend Menschen (Adivasi = Stammesvölker) müßten übersiedelt werden. 30 000 ha der in Indien ohnehin sehr knappen Waldbestände und 300 000 ha Ackerland würden überschwemmt werden. Dafür soll die Kraftwerksleistung 1400 Megawatt erreichen und 8000 Dörfer und Städte eine Wasserversorgung bekommen. Profitieren würden auch die reichen Zuckerrohrbauern (Zuckerrohr, zumeist für den Export angebaut, braucht viel Wasser). Seit Mitte der 80er Jahre regt sich der Widerstand der Bevölkerung. 1993 versank die Ortschaft Vadgam in den Fluten. Doch der Kampf geht weiter, angeführt von Medha Patkar (Vorsitzende der Narmada Bachao Andolan), die nach zweiwöchigem Hungerstreik

zwangsernährt wurde und danach mit der Selbstverrenkung in den Fluten drohte.

Die Zahlung der restlichen 240 Mio. US-\$ der Weltbank wurden auf Grund von Nichteinhaltung der Kreditbedingungen seitens der indischen Regierung, die eine brutale Zwangsumsiedelung betreibt, eingestellt. Indien baut jedoch weiter. (Ips Austria, 13/93; 16/93, Südwind 10/93)

WALD:

1) DIE „BAUMUMARM“-BEWEGUNG – CHIPCO-MOVEMENT (INDIEN):

Die erste Chipco Aktivität fand 1974 im Dorf Reni im Garhwal-Himalaya Gebiet statt. Eine Gruppe von Dorffrauen unter der Leitung von Gaura Devi umarmte Bäume und kettete sich an. Es waren Bäume, die für eine Sportartikelfirma gefällt werden sollten. Vier Jahre vorher erlebten die Dörfer dieser Region eine Flutkatastrophe und Erdbeben. Die Frauen erkannten den Zusammenhang zwischen diesen Naturkatastrophen und der Abholzung – nur mehr 13% der Gesamtfläche Indiens sind bewaldet (BMUKS, Landwirtinnen). Diese erfolgreiche Chipcoaktion breitete sich in den nächsten Jahren im ganzen Tal aus, und zehn Jahre später wurden mit solch einer Aktion die Western Ghats gerettet. Chipco steht auch für eine Neuorientierung der indischen Kultur und des Selbstverständnisses von Frauen. 1987 wurde die Chipco-Bewegung mit dem alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award) ausgezeichnet und 1993 Vandana Shiva, eine Physikerin und Ökologin, die dieser Bewegung sehr verbunden ist.

Die Frauen erreichten jedoch nicht nur die Erhaltung von Bäumen und das Verbot der Abholzung von Bäumen über 1524 m. Sie wendeten sich auch dem Thema der Waldrechte zu. Es gab Gesetze, die 1865 der britischen Krone riesige Waldbestände sicherten, und ein Gesetz aus dem Jahre 1927, das das Prinzip des Gemeinschaftseigentums abschaffte. Forstbehörden hatten nahezu uneingeschränkte Nutzungsrechte (BMUKS, Landwirtinnen). Da die direkte Konfrontation mit den Behörden nichts bewirkte, begannen die Frauen mit der Aufforstung von Dorfwäldern. Nach vier Jahren konnten dann im Dorfwald Gras und Holz gewonnen werden. Frauen übernahmen die Pflege und Verantwortung dafür. Laut ihrer Auskunft fehlt ihnen nur noch die richtige Technologie, um die Arbeit zu erleichtern. (Davidson / Dankelman 1990)

2) GREENBELT MOVEMENT – KENIA (AFRIKA):

In Kenia werden weite Flächen gerodet, um Platz für Cash-Crop zu schaffen. Bis zu 45% der gesamten Exporterlöse werden aus dem Kaffeeverkauf erzielt (BMUKS, Landwirtinnen). Tabakkonzerne wie BAT (Marken „HB“ und „KIM“), Reynolds („Camel“), Philip Morris („Malboro“) und andere gehen sogar soweit, daß sie um Schlägerungsbewilligungen im Naturschutzgebiet um den Mount Kenya ansuchen (Südwind 11/93). Eine weitere, jedoch geringere Belastung des Ökosystems ist die Tatsache, daß circa

94% des Feuerholzbedarfs der lokalen Bevölkerung von Bäumen gedeckt werden.

1977 entstand als Frauen-Basisbewegung das Greenbelt-Movement, dessen erklärtes Ziel die Begrünung des Landes ist. Wangari Maathai, einst Universitätsprofessorin, war die Initiatorin. Statt schnellwüchsiger, dort nicht heimischer Eukalyptusbäume, wie es die Regierung praktizierte, versuchten sie, Obstbäume und einheimische Arten zu pflanzen. Die Gründung von Baumstationen (dortigen Baumschulen) und das Anlegen eines Grüngürtels führten zu vielfältigen politischen und sozialen Aktivitäten: Frauen brauchen Land, es muß verhandelt und Buch geführt werden, Wasserleitungen müssen gebaut werden. Die Regierung stoppte zwar Förderprogramme und sperrte Wangari Maathai sogar ein, doch mit internationaler Hilfe arbeiten Wangari Maathai und viele Frauen an diesem Projekt mit ihr weiter. (Devivere / König 1989)

3) MOZAMBIQUE:

In der Nampula Provinz, die von Bodenerosion und Erdbeben heimgesucht wurde, begannen die Frauen, statt die Eukalyptusbaumprojekte der Regierung anzunehmen, nach Alternativen zu suchen. Sie pflanzten Elefantengras oder Sisal und lernten die Setzlinge so zu schützen, daß sie beim nächsten Regenguß nicht weggeschwemmt wurden. (Rachel Waterhouse, in: Women's Feature Service 1992)

4) PHILIPPINEN:

Charla Barretto wird auf den Philippinen die Frau, „die eine Million Bäume in siebenhundertdreißig Tagen pflanzte“ genannt. Sie ist die Gründerin von WE (World Ecologists Foundation), einer NGO. Jährlich gehen 105.000 Hektar Wald auf den Philippinen verloren. Das Projekt Punong Yaman („Bäume des Reichtums“) stellt Samen, Erde und Dünger zur Verfügung, damit die Frauen ihre eigene Baumschule starten können. Öffentliches Land wird dadurch begrünt, und mit den geernteten Früchten konnten sich Kooperativen entwickeln. Die Idee machte Schule. Sogar das Militär und die Bahnangestellten begannen Bäume zu pflanzen. Barretto:

„wenn dich jemand fragt, was kann ich für die Umwelt tun, frag ihn oder sie, wie schnell sie Bäume pflanzen können“.

(Elsie K. Santos, in: Women's Feature Service 1992).

BODEN:

1) SOJABOHNNEN IN TOGO – WESTAFRIKA:

Die Sojabohne ist eine ideale Anbaufrucht für verarmte Frauen. Sie trägt zur Verbesserung der Ernährung bei und bindet für den Boden Nitrogene, die eine natürliche Form der Düngung sind. FHAS (Family Health Adversory Services) überprüfte die unmittelbaren Bedürfnisse der Frauen und half ihnen, diese neue Idee in kleinem Rahmen auszuprobieren. Sie organisierten Schaukochen und Besuche zu den Dörfern, die schon Erfahrungen mit der neuen Feldfrucht hat-

ten. Diese Idee wurde bis nach Ghana und Mali weitergetragen. Durch die Projekte schafften sich Frauen neue Erwerbsmöglichkeiten, da sie die Überschussprodukte am Markt verkaufen. Sie sparen Geld, das sie früher für importierte Gewürze und Dawa-Dawa Samen ausgaben (die Dawa-Dawa Senfsoße ist zwar sehr beliebt, aber auch sehr teuer; Sojasoße ist nun ein Ersatz). (Davidson / Dankelman 1990)

2) FRAUENPROJEKT AM RIO SAN JUAN – NICARAGUA:

Eine große Anzahl der dort lebenden Frauen ist alleinstehend. Die Männer sind entweder gefallen, zu den Contras übergelaufen oder verschwunden. Dies ist ein Beispiel, wie ein von oben organisiertes Projekt von den Frauen angenommen wird. Es nimmt auf die Bedürfnisse der Frauen Rücksicht: Kinderbetreuungsplätze werden errichtet und Ausbildungskurse für Gemüseanbau und Hühnerhaltung werden angeboten. (Frauensolidarität, Nr. 18)

3) LANDBAU UND KLEINTECHNOLOGIE IN DEN ANDEN:

Durch die intensive Subsistenzwirtschaft verlieren die Anden die letzten Reste ihrer natürlichen Vegetation. Erosion und Verwüstung schreiten voran. Männer wandern auf der Suche nach Arbeit in die Städte ab. Zurück bleiben Frauen, denen neben der Haushaltsführung noch die Bürde der landwirtschaftlichen Arbeit zufällt. Entwicklungsprojekte setzen daher auf die Eigeninitiative der Frauen. In Calhua Chico (Ecuador) haben Frauen unter der Anleitung einer Krankenschwester ein Gesundheitszentrum und Gemüsegärten errichtet. Ein paar Jahre später bauten die Frauen Wassertanks, pflanzten Baumschulen und terrassierten ein Stück Gemeindeland, um gemeinsam Hafer und Kartoffel zu ziehen. (NZZ, 31. 10. 92)

4) ANONYM IN PERU:

Auf dreitausend Meter Höhe, in einem Weiler ohne Strom, stellt eine anonyme Produzentengruppe aus verschiedenen Mehlsorten einheimischer Getreidearten Süßigkeiten her. Reich an Aminosäuren, Mineralien und Vitaminen, sind diese sehr beliebt. 1991 errang die Gruppe den ersten Preis der nationalen Expo für Agroindustrie und kurz darauf den regionalen Uniferm-Wettbewerb „Frauen und Ernährungstechnologie“. Sie sind anonym, da sie in der roten Zone des „Leuchtenden Pfades“ liegen, der jeden Ansatz bäuerlicher Selbsthilfe zerstört. (NZZ, 31. 10. 92).

5) HEUSCHRECKEN - COCKTAIL:

Statt ihnen mit Insektenbekämpfungsmitteln zu Leibe zu rücken, wird von seiten der FAO (Food and Agriculture Organisation) versucht, den Frauen die Vorteile dieser Tiere nahe zubringen: Sie sind wohlschmeckend und reich an Proteinen. Da Heuschreckenplagen von allen gefürchtet werden, muß neben biologischer Schädlingsbekämpfung auch viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit geleistet wer-

den. (Bona Bringi, in: Women's Feature Service 1992)

6) ESTHER OCLOO (AFRIKA):

Diese Frau kämpft gegen den Hunger, wirbt für Gleichberechtigung und bemüht sich um den Schutz der Umwelt in ihrer Heimat Ghana. 1975 regte sie auf einer Konferenz der Vereinten Nationen die Gründung einer internationalen Frauenweltbank an. Fünf Jahre später war sie die Vorsitzende von „Women's World Banking“. Ganz alleine zog sie einen Industriebetrieb auf, der einheimische Nahrungsmittel verarbeitet. 80% der Belegschaft sind Frauen. Zur Zeit versucht sie den ersten „organisch-biologischen Landwirtschaftsbetrieb“ in Ghana aufzubauen. (Natur, 2/94)

Am 22. 11. 1988 wurde Chico Mendez, Umweltschützer und Führer der Gewerkschaft der Kautschukzapper ermordet, weil er für die Erhaltung des Amazonaswaldes kämpfte. Aus diesem Anlaß entstand die Idee eines „Klimabündnisses der europäischen Städte mit den Völkern Amazoniens“. Mehr als dreihundert Städte aus Europa sind dem Bündnis beigetreten.

Ziel ist es, den Ursachen des weltweiten Treibhauseffektes und damit einer großen Bedrohung der Menschheit entgegenzuwirken. Ursachen des Treibhauseffektes sind vor allem Kohlendioxid (CO₂) und Methan, das im Gegensatz zu CO₂, eine kurze Lebensdauer hat. In der USA beläuft sich die jährliche Kohlendioxidemission auf circa 19 Tonnen pro Person, in der BRD sind es 11,8, in Österreich circa 8, in Indien 0,8 pro Person. Ziele des Klimabündnisses sind die Reduktion von CO₂-Emissionen in den Städten um 50% bis zum Jahr 2010, der sofortige Stop von Produktion und Verbrauch von FCKW sowie anderer klimagefährdender Gase und der Verzicht auf die Verwendung von Tropenholz. Energie- und Verkehrskonzepte, nicht nur für die Schublade produziert, sondern mit konkreten Veränderungsansätzen, werden erstellt.

Als KonsumentInnen können Frauen und Männer des Nordens Einfluß in zwei Stoßrichtungen ausüben: das eigene Konsumverhalten ändern und Hersteller zu entwicklungspolitisch kritischerer und auch umweltschonenderer Produktion nötigen.

Von den Politikern müßte gefordert werden:

- Produktlinienanalyse, d. h. der gesamte Lebenszyklus eines Produktes bis zur Entsorgung, ebenso vollständige Produktdeklarationen;

- vorhandene Gütekennzeichnungen wie Fairtrading, das österreichische Umweltzeichen, Ernte-Zeichen, KT-Zeichen u. dgl. m. sollten wenn möglich in Anspruch genommen werden.

Durch die Forderungen der KonsumentInnen nach weniger chemiebelastenden Textilien sackten die Lederausfuhren in Indien um 11% und die von Textilien um 8,5% ab. Große Lieferungen wurden zurückgeschickt, weil sie mit dem giftigen PCP (Pentachlorphenol) belastet waren. Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) ermittelte dar-

aufhin Bereiche, in denen deutsche Firmen ihren indischen Partnern bei der Verringerung der Umweltverschmutzung helfen können. Die PCP Belastung trifft vor allem die Arbeiterinnen. Das Gift wird über die Haut oder die Nahrung aufgenommen. Es kann bei akuter Vergiftung die Atmung beschleunigen und bis zur Bewußtlosigkeit führen. Bei langfristiger Einwirkung treten Leber- und Nierenschädigungen auf. Bei uns wurde dieses pilzabtötende Pulver als Zusatz bei Holzschutzmitteln bekannt. (Ips Austria, 05/93)

- Nötig wäre ein Boykott von Produkten, die bekanntermaßen die Gesundheit von Menschen und/oder deren Erzeugung die Umwelt belasten (z. B. nicht delphinschonend gefangener Thunfisch, Blumen aus Lateinamerika, Tropenholz). Informationen darüber liegen bei den Umweltberatungen auf.

- Diejenigen PolitikerInnen, die Energie- und Transportsteuern propagieren, sollten unterstützt werden.

- Weiters wäre zu fordern, daß externe Kosten in das Produkt internalisiert werden.

- Wer Entwicklungsprojekte unterstützen will, sollte sich erkundigen, ob Frauen bei der Planung und Durchführung eingebunden sind.

- Wir können Konzerne der Industrienation schalten und walten lassen, oder ihnen mit einer kritischen Öffentlichkeit begegnen.

- Wir können von den gewählten PolitikerInnen eine Entwicklungs- und Umweltpolitik fordern, die nicht nur systemimmanente Schritte der Veränderung vollzieht, sondern eine Politik ist, die das Verursacherprinzip einfordert, und an der Beseitigung des Ungleichgewichts und an der Ungerechtigkeit zwischen Nord / Süd- und Mann / Frau-Hierarchie arbeitet.

„Lokale Fraueninitiativen allein können das weltumspannende natur- und frauenausbeutende System nicht aushebeln: weder erfolgreiche Umweltprojekte im Süden noch kleine autarke Versorgungseinheiten und Selbsthilfegruppen (dort oder) bei uns.“

(Wichterich 1992)

Da aber alles vernetzt ist, ist jede Aktion Teil der globalen Veränderung. Die Ökologiefrage ist eine Frauenfrage, aber vor allem eine Systemfrage. Frauen sind aufgerufen, sich vermehrt auf der politischen und wirtschaftlichen Makroebene einzumischen, nämlich mit radikaler Kritik, pragmatischen Forderungen, Handlungen und visionären Entwürfen. Feministische Ökologie muß immer mehrgleisig denken und handeln: gemeinsam mit Frauen, die in verkehrspolitischen Gremien den Autowahn bekämpfen, mit Müll- und Verbraucherinitiativen, mit Frauen, die ökofeministische Konzepte umsetzen, mit Engagierten in Umwelt-, Friedens- oder „Dritte Welt“-Organisationen. (Wichterich 1992)

LITERATUR:

Agarwal, Anil / Anand, Anita: Ask the Women who do the work, 1982

- BMUKS: Landwirtinnen in der Dritten Welt, o. J. d'Eaubonne, Françoise: Feminismus oder Tod, München 1975
- Daly, Mary: Gyn/Ökologie, München 1980
- Davidson, Joan / Dankelmann, Irene: Frauen und Umwelt in den südlichen Kolonien, Wuppertal 1990
- Dawn: Development, Crises and Alternative Visions. Third World Women's Perspectives; Stavanger 1985
- Devivere, Beate von / König, Karin: Zum Beispiel Frauenprojekte, Göttingen 1989
- Die Grünen im Bundestag / AK Feminismus (Hg.): Frauen & Ökologie: gegen den Männlichkeitswahn. Köln 1987 E+Z, 11/91
- Frauenolidarität, Nr. 18, Nr. 38
- Ips Austria, 03/93, 05/93, 13/93, 16/93
- Lappé, Frances Moore / Collins, Joseph: Food First, New York 1978
- Lappé, Frances Moore / Collins, Joseph: World Hunger: Twelve Myths, London 1986
- Latin American Perspectives, 19/92
- Natur, 2/94
- NZZ (Neue Zürcher Zeitung), 31. 10. 1992
- Shiva, Vandana: Das Geschlecht des Lebens. Frauen, Ökologie und Dritte Welt, Berlin 1989
- Spears, J.S.: Wood as an Energy Source: the Situation in the Developing World, Washington D.C. 1978
- Südwind, 5/93, 10/93, 11/93, 1-2/94
- UNDP, Human Development Report 1992, New York/Oxford
- UNEP: Sustainable Development and Peace; Bericht zur Konferenz der UN-Dekade für Frauen, Nairobi 1985
- UNEP: Women, Environment and Water, Nairobi 1982
- Werlhof, Claudia von / Mies, Maria / Bennholdt-Thomsen, Veronika: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 1988
- Wichterich, Christa: Die Erde bemuttern, Köln 1992
- Wichterich, Christa: Peripherie Nr. 51/52 (1993)
- Witthauer, Jürgen / Horn, Herwarth / Bischof, Wolfgang: Raumluftqualität, Vlg.C.F.Müller, Heidelberg 1993
- Women's Feature Service: The Power to Change, India 1992
- World Resources Institute and International Institute for Environment and Development: World Resources; New York 1986

ULRIKE LUNACEK

„WEM GEHÖRT DIE POLITIK?“ Politisches Handeln von Frauen in Lateinamerika

*„La luna también tiene su propia luz.“
„Die Mondin hat auch ihr eigenes Licht.“*

Daß Frauen von Mexiko bis Chile und Argentinien nicht nur Opfer menschenverachtender und oft mörderischer Politik sind, sondern auch aktiv in das politische Geschehen eingreifen – und Politik außerdem viel breiter und tiefgreifender definieren, eben bis ins Private hinein, als die meisten Männer – das ist hierzulande kaum bekannt.

Am ehesten hören wir noch von Frauen, die sich für die Menschenrechte engagieren wie Rigoberta Menchú, der 1992 der Friedensnobelpreis verliehen wurde, oder wie die „Mütter von der Plaza de Mayo“ in Argentinien, die 1977 mit ihren lautstark geäußerten Fragen nach dem Verbleib ihrer verschleppten Angehörigen den Widerstand gegen die Militärdiktatur in Bewegung setzten.

Eingeweihte kennen dann vielleicht noch die Namen von María Elena Moyano, Vizebürgermeisterin von Villa El Salvador in Peru, die Anfang 1992 von einem Kommando des „Leuchtenden Pfades“ brutal ermordet wurde, den von Luisa Erundina, Ex-Bürgermeisterin von Sao Paulo für die Arbeiterpartei PT, oder den von Rosario Ibarra, die 1982 als erste Frau als unabhängige Kandidatin der linken PRT für die mexikanische Präsidentschaft kandidierte.

Und sicherlich gab und gibt es da, in der „hohen Politik“ noch so bekannte Namen wie Evita Perón oder Violeta Barrios de Chamorro: Es sind Frauen der Rechten, Konservative.

Die Frauen, von denen in diesem Artikel die Rede sein soll, haben eine andere Perspektive, eine andere Vision davon, wie sie sich ihr Leben als Frauen wünschen. Sie sehen sich nicht (nur) als arme, ausgebeutete Wesen, die sich gerade noch mit dem Straßenverkauf von Empanadas (selbstgemachten Teigtäschchen) oder handgestrickten bunten Socken oder Hauben vor dem Verhungern bewahren können – ein Bild, das in westlichen Medien oft zu finden ist.

Sie versuchen, neue Wege politischen Handelns zu definieren, aus der Unsichtbarkeit herauszutreten, auszubrechen aus dem einengenden kapitalistischen (aber manchmal auch sozialistischen) männlichen Politikverständnis, das das „Private“ vom „Öffentlichen“ trennt und kreatives Sich-Auseinander- und Zusammensetzen als bedrohlich negiert.

Für viele Frauen und Frauenorganisationen in Lateinamerika macht „Politik“ nicht halt an vorgegebenen ideologischen Partei- oder sogar Landesgrenzen. Sechs kontinentweite „Feministische Treffen“ zeugen davon ebenso wie regionale Kongresse von Indígenas, schwarzen Frauen, Landarbeiterinnen, Lesben, Gewerkschafterinnen usw.

Eines der wohl wichtigsten Elemente in der Selbstdefinition vieler Frauen und ihrer Organisationen in Lateinamerika ist, daß sie Rasse, Klasse wie auch Geschlecht als die entscheidenden Faktoren gesellschaftlichen Daseins betrachten und deshalb meist auch alle diese drei Aspekte in ihr politisches Handeln einzubringen versuchen.

Gaby Küppers schreibt im Kapitel „Wem gehört die Politik“ des von ihr herausgegebenen Buches „Feministamente“:

„Die Beschäftigung mit dem komplexen Begriff ‚Macht‘ – Macht zu Hause, in der offiziellen Politik und schließlich in der eigenen Gruppe – ist unter organisierten Frauen ein häufig wiederkehrendes Thema.“

Meist geht es „um die Macht, die wir nicht haben, die wir aber wollen“ und um die Abgabe von Macht von seiten der Männer, wenn etwa Quotierungen durchgesetzt werden sollen. Meist geht es jedoch auch um eine andere Sichtweise der Politik, denn, so die Peruanerin Gladys Acosta:

„... bei philosophischen, politischen und ökonomischen Erörterungen (werden) häufig genau die Themen übergegangen..., die mit dem grundlegenden Unterscheidungsmerkmal aller Menschen zu tun haben: der Existenz von Männern und Frauen.“

Und weiter:

„Die Tatsache, Frauen zu sein, macht uns noch lange nicht ‚gleich‘, und trotzdem bilden wir ein soziales Subjekt.“

Ein soziales Subjekt, dessen Interessen und Bedürfnisse sich in zwei Bereiche gliedern lassen: die „unmittelbaren“ und die „strategischen“. Erstere setzen an den konkreten (Über-)Lebensbedingungen an, der Notwendigkeit, für Nahrung, Einkommen, Kleidung, Gesundheitsversorgung etc. aufzukommen – eine Notwendigkeit, die sich im Zuge der Schuldenkrise und der Strukturanpassungsprogramme im Laufe der achtziger Jahre ständig verschärft hat. Die heutigen neoliberalen Wirtschaftsprogramme der meisten lateinamerikanischen Regierungen werden deshalb gerade von Frauen verschiedenster ethnischer und Klassenherkunft vehementest kritisiert: Die Privatisierung des Gesundheits- und Bildungswesens, das Ende der Stützungen für Grundnahrungsmittel, das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen trifft Frauen am härtesten.

Doch die Analysen und Forderungen lateinamerikanischer Frauen gehen über diese unmittelbaren Bedürfnisse hinaus: Die Durchsetzung der sogenannten „strategischen“ Interessen zielt auf ein Ende der die Frauen benachteiligenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in allen Bereichen ab sowie auf ein Ende der Gewalt gegen und Diskriminierung von Frauen, auf ein insgesamt selbstbestimmtes Leben.

Dem „Sozialvertrag“ gehe nämlich ein

„stillschweigend akzeptierter Sexualvertrag voraus, der die Rangordnung der Geschlechter festlegt und stets stillschweigend akzeptiert.“

(mexikanische Frauentagung 1991, zitiert nach Küppers, S.136)

Dieser „Sexualvertrag“, der Frauen die Verantwortung für die unmittelbaren menschlichen Bedürfnisse auferlegt – Essen, saubere Wäsche, Kranke pflegen, Streitigkeiten glätten, etc. – impliziert jedoch auch, daß Politik für Frauen meist nur dann interessant ist, wenn sie an ihren Lebensumständen ansetzt. „Das Private ist politisch“, dieser Slogan gilt auch für die Frauen- und feministischen Bewegungen, die in allen Ländern Lateinamerikas im Laufe der siebziger Jahre (wieder) entstanden sind (in Chile etwa gab es schon in den dreißiger Jahren eine sehr aktive, teils feministische Frauenbewegung). Der Widerstand gegen die Diktaturen in vielen Ländern war essentieller Bestandteil des sich formierenden lateinamerikanischen Feminismus: Militärregimes als Ausbund patriarchalen Wahnsinns, gestützt durch ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, das die Schere zwischen arm und reich rapide auseinanderklaffen ließ, mehr noch als zuvor. Innerhalb der sozialen Bewegungen, der Volksbewegungen, aber auch der politischen Parteien begannen Frauen, die Vorgabe des linken Dogmas, die Frauenfrage sei der Nebenwiderspruch, in Frage zu stellen und dagegen anzukämpfen.

1985, kurz vor ihrem allzu frühen Tod, schrieb die chilenische Feministin Julieta Kirkwood:

„Politik zu machen, ist mehr als sich in Bezug zu setzen zur Staatsmacht, zu den Institutionen, zur Organisation der Wirtschaft und der Dialektik der Machtausübung. Es bedeutet auch, die Organisation des Alltagslebens von Frauen und Männern zu überdenken; die Bejahung der Lebensnotwendigkeit der Existenz von zwei voneinander getrennten Erfahrungsbereichen zu hinterfragen: des öffentlichen (politischen) und des privaten (am Herd) – um sie abzulehnen – oder zumindest zu beginnen, diese Trennung zu bezweifeln; diese Trennung, die stereotyp Handlungsbereiche heiligspricht, die für Frauen wie Männer starr und gegenseitig ausschließend sind.“ (Übersetzung der Autorin)

Es waren

„die Sprache und Praxis der gemeinschaftlich durchgeführten Arbeiten ..., die Solidarität und die lokale Zusammenarbeit sowie die Strategien des familiären Überlebens, die am Beginn des Sich-Einbringens von Frauen (in den sechziger und siebziger Jahren, Anm. d. A.) in die Dynamik des städtischen sozialen Lebens“

standen, schreibt Alejandra Massolo in einem Beitrag über die Frauen in den Stadtrandvierteln von México-Stadt. Und es waren die Begriffe „Bedürfnis“ und „Angst“, die

„schmerzlich und unvergeßlich die weibliche Subjektivität prägten gegenüber der Bedeutung von Politik und politischem Handeln in der Stadt“.

Die von Frauen immer wieder geäußerte Angst sei nach Massolo u. a. auf den Autoritarismus zurückzuführen – „sei es nun der eines Militärregimes oder eines zivilen wie etwa des mexikanischen“ –, der eine „Kultur der Angst“ hervorbringt. Die Politik als quasi heilige Instanz, der gegenüber das Individuum sich ohne Macht, also ohnmächtig fühlt und auf so etwas wie „Wunder von oben“ wartet. Der Schritt (der ja viel mehr ein Prozeß als ein einziger Schritt ist) hin zum

Bewußtsein, daß politisches Handeln auch für Frauen aus der „clase popular“, also aus den Stadtrandsiedlungen, die größtenteils über keinen Lohnarbeitsplatz verfügen, aber auch für Arbeiterinnen möglich ist, ist vorrangig im Laufe der siebziger Jahre entstanden, parallel zum Anwachsen der sozialen Bewegungen, dem (bewaffneten wie gewaltfreien) Widerstand gegen Diktaturen und nicht zuletzt dem Erstarken der feministischen Bewegung. Die mexikanische CONAMUP ist ein Beispiel: In den Kampf für erschwingliche Wohnungen, für die Zuleitung von Strom und Wasser in die durch Zuwanderung vom Land entstandenen neuen Siedlungen rund um México-Stadt und für viele andere Grundbedürfnisse mehr konnten die Frauen in den letzten Jahren auch die „strategischen“ Fraueninteressen miteinbeziehen. Heute sind z. B. schon etwa 20% der Führungspositionen von CONAMUP mit Frauen besetzt.

Diese Auseinandersetzungen ziehen sich wie ein roter Faden durch die lateinamerikanische Frauengeschichte der letzten beiden Jahrzehnte. Waren in den siebziger Jahren noch große Berührungspunkte zwischen jenen Frauen da, die in (linken) politischen Parteien das kapitalistische System ändern bzw. abschaffen wollten, und jenen, die das Patriarchat als Grundlage des kapitalistischen Systems in den Vordergrund ihres Kampfes rückten (wobei letzteren gerne vorgeworfen wurde, sie würden den Feminismus lediglich aus dem Norden importieren), so ist im Laufe der achtziger Jahre eine Annäherung zu verzeichnen. Nicht unwesentlich beigetragen zu diesem Prozeß haben die bisher sechs „Encuentros Feministas de América Latina y el Caribe“, die feministischen „Treffen“ Lateinamerikas und der Karibik, bei denen zuletzt mehrere tausend Frauen des gesamten Kontinents zusammenkamen, um miteinander zu diskutieren, zu streiten, aber auch zu lachen und zu feiern.

Die Kundgebungen und Demonstrationen zum Internationalen Frauentag legen beredtes Zeugnis davon ab, daß es für Frauen unterschiedlichster Klassen- wie ethnischer Herkunft möglich ist, gemeinsam politische Forderungen zu formulieren und vorzubringen. Heute sind die Berührungspunkte geringer geworden. In Mexiko etwa kristallisierten sich im Laufe der achtziger Jahre drei Achsen heraus, entlang derer sich Frauen – egal ob sie sich jetzt Feministinnen nannten bzw. nennen oder nicht – organisierten:

a) gegen Gewalt – damit war und ist Gewalt gegen Frauen (und Kinder) in all ihren Ausprägungen gemeint: direkte physische Gewalt von Männern gegen Frauen wie Vergewaltigung, Inzest, sexuelle Belästigung usw., aber auch strukturelle Gewalt – von der Familie bis zu Politik und Wirtschaft.

b) für Demokratie – damit war und ist das Recht auf politische Partizipation, aber auch auf Selbstbestimmung gemeint, der Kampf für die Legalisierung der Abtreibung, aber auch das Auftreten gegen Zwangsheterosexualität und für die Anerkennung von lesbischen Lebensformen.

c) eine Politik für das Leben – damit war und ist der Kampf gegen die Verelendung gemeint, gegen

die nationalen und kontinentweiten wie globalen Wirtschaftspolitiken, die Frauen als Manövriermasse für ihre Interessen behandeln.

Fast alle diese Bereiche hat zum Beispiel die Organización Femenina Popular, kurz OFP, in Barrancabermeja, Kolumbien, in ihre Arbeit aufgenommen. Zu Beginn der siebziger Jahre aus kirchlichen Basisgemeinden entstanden, ist diese Frauenorganisation heute von der Kirche unabhängig. Sie verfügt über ein eigenes Haus mit großem Veranstaltungsraum, führt von Alphabetisierungskursen über Bewußtseins- und Handwerkskurse all dies durch, wo Bedarf bei den Frauen herrscht; organisiert in der von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Militär und Guerrilla geprägten Erdölstadt Kinderfeste und Demonstrationen „für das Leben“. In Kursen zum Thema „Was ist Politik?“ wird den Teilnehmerinnen etwa die Frage gestellt, welchen Unterschied sie zwischen der Politik sehen, die sie zuhause, in der Familie, im Haushalt und der, die sie in ihrem Stadtviertel, in ihrer Stadt erleben. Eine Initiative unter vielen der OFP-Frauen war der Zusammenschluß mehrerer Frauenorganisationen für eine Frauenliste zu den Gemeinderatswahlen vor einigen Jahren. Und eine ihrer Kandidatinnen zog auch wirklich in die Stadtverwaltung ein.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Beteiligung von Frauen an der herkömmlichen Politik. Eine Untersuchung aus Kolumbien (aus dem Jahr 1974) ist zu folgenden Erkenntnissen gelangt: Frauen gehen weniger oft wählen als Männer (um etwa 16%), Frauen identifizieren sich eher mit den politischen Ideen ihrer Familie und wählen eher konservative, traditionelle Parteien. Frauen kandidieren viel weniger oft als Männer und werden dementsprechend auch viel weniger oft gewählt. Organisationen und Parteien, die die politische Teilnahme von Frauen fördern wollen, haben und erhalten wenig politischen Einfluß. Diejenigen Frauen, die damals in führenden politischen Positionen auf nationaler Ebene waren, waren meist mit führenden Männern verheiratet oder verwandt. Sie haben ihre Position auch nicht mit feministischen Positionen erreicht, sondern über die Unterstützung von gemischten Organisationen.

In Mexiko kandidierte 1991 Claudia Colimora auf einer Liste der linksgerichteten PRT für das Parlament. Ihre Kandidatur erregte deshalb Aufsehen, weil sie kein Hehl daraus machte, sich als Prostituierte ihr Geld verdient zu haben und mit diesem Hintergrund die gesellschaftliche Doppel- und Scheinmoral aufzeigte. Sie zog zwar nicht als Abgeordnete ins Parlament ein, doch hatte ihre Kandidatur zweifellos Diskussionen hervorgerufen.

Die Frage, ob es für Frauen und ihre (feministischen) Ziele sinnvoll und zielführend ist, in schon bestehende Institutionen hineinzugehen und den (aus den 68er Diskussionen bekannten) „Marsch durch die Institutionen“ anzutreten, prägt die lateinamerikanischen Frauendiskussionen ständig. Beim letzten feministischen „Treffen“ in El Salvador im November 1993 klappten die Meinungen oft diametral auseinander.

Gerade in El Salvador, wo am 20. März 1994 die ersten Wahlen nach Abschluß des Friedensabkommens von Chapultepec Anfang 1992 stattfanden, waren es die Frauen, die nach Meinung einiger BeobachterInnen als „Sektor“ am meisten aus den neuen politischen Räumen herausholen konnten. Sie organisierten Aufklärungskampagnen vor allem in den ländlichen Gebieten, um Frauen auf ihre Rechte aufmerksam zu machen – ihr Recht, sich ins Wahlregister eintragen zu lassen, und auch, jene Partei zu wählen, die sie wählen wollen, und nicht jene, die ihnen der Großgrundbesitzer oder auch der Ehemann nahelegt. Und die Plattform „Mujeres 94“, bestehend aus vierzig Frauenorganisationen, hat einen 14-Punkte-Forderungskatalog vorgelegt – Ergebnis eines achtmonatigen Diskussionsprozesses. Darin fordern die Frauen – 52% der Bevölkerung El Salvadors – als ersten Punkt ein Ende von Inzest, Vergewaltigung und sexueller Belästigung, aber auch Land, Kredite und technische Hilfe für Frauen, freie und freiwillige Mutterschaft, verantwortungsbewußte Vaterschaft, Schutz der Umwelt, Gesetze, die Frauen nicht diskriminieren, und 50% der politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen für die Frauen.

Gewalt ist ein Faktor, der sich durch das Leben und die Organisationen von Frauen weltweit zieht – spezifischen Charakter hat sie jedoch zum Beispiel in Peru, wo der „Leuchtende Pfad“ wie auch das Militär gewaltvoll gegen jene Organisationen vorgehen, die sich eigenständiges Denken und Handeln von Frauen auf die Fahnen geschrieben haben. Attentaten des „Leuchtenden Pfades“ fielen bisher zahlreiche Basisaktivistinnen zum Opfer, einige mußten das Land verlassen, andere wurden, wie die schon anfangs erwähnte María Elena Moyano, kaltblütig vor den Augen ihrer Kinder und Gefährtinnen ermordet. Eine jener Peruanerinnen, die ihr Land verlassen mußten, weil sie zu den „Glas Milch“-Aktivistinnen gehörten, die die Kinder in den Elendsvierteln von Lima mit Nahrung versorgten, berichtete beim Wiener Frauentribunal anläßlich der Menschenrechtskonferenz im Juni 1993 von ihrem Schicksal und dem fehlgeschlagenen Attentat auf sie. Nicht einmal in den Straßen von Wien konnte sie sich jedoch sicher fühlen: Am Weg ins Hotel folgten ihr einige Senderisten. Sie wechselte schließlich das Hotel ...

Die Anklage gegen jegliche Form von Gewalt und die Sehnsucht nach einem Leben in Frieden und demokratischen Verhältnissen – sowohl „en el país“ (im Land) als auch „en la casa“ (zu Hause, Slogan chilenischer Feministinnen, mit dem sie schon während der Diktatur auf die Straße gegangen sind) – sind wohl die durchgängigsten Forderungen von Frauen in ganz Lateinamerika. Doch immer wieder bleiben sie hängen an Fußangeln, stoßen auf Hinder-

nisse, die ihnen das Weitergehen erschweren. Adriana Santa Cruz hat einige davon in einem Aufsatz zum Thema „Frauen und Demokratie“ aufgelistet:

a) Da ist zum einen die Tatsache, daß zwar im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts mehr oder weniger akzeptiert wird, daß Frauen in nationalen Befreiungsbewegungen mitkämpfen und daß sie sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Der Kampf um ein Ende der Unterdrückung in der Familie, im Haushalt ist jedoch immer noch nicht zum Allgemeinut geworden. Die Behinderungen, die Frauen dadurch erfahren, reichen vom Verbot der Teilnahme an Versammlungen bis hin zu zunehmender Gewalt von seiten männlicher Familienmitglieder, sollten sie es wagen, sich einer Organisation anzuschließen und nicht mehr jeden Abend zuhause mit dem (kargen) Essen auf den Ehemann zu warten.

b) Die politischen Parteien sind patriarchal konzipiert. Das bedeutet, daß wenig Frauen auf den Wählerlisten Platz finden, und wenn, dann meist an unwählbaren Stellen.

c) Frauen wählen kaum andere Frauen in eine politisch relevante Position – es bringt ihnen nur in den seltensten Fällen Vorteile, denn diese Frauen kommen meist nicht aus frauenbewußten Sektoren, sie erhalten eher keine Unterstützung aus den feministischen Bewegungen, und sie haben im Endeffekt relativ wenig Macht. Santa Cruz meint dazu, daß innerhalb der feministischen Bewegungen noch kein Gleichgewicht gefunden werden konnte zwischen dem Wunsch, „immer weiter zu wollen“ und der Notwendigkeit, „Frauen in Machtpositionen zu stärken“.

Die Erkenntnis, daß es einfach unterschiedliche Ansätze gibt, je nachdem, aus welchen politischen und ökonomischen Zusammenhängen eine Frau kommt, hat die Auseinandersetzungen unter den Frauen Lateinamerikas im letzten Jahrzehnt entscheidend geprägt.

Neben all den Schwierigkeiten ist jedoch immer die Freude an den Möglichkeiten gemeinsamen Handelns präsent,

„die Gestik ungehemmt, die neuen alten Grimassen – der Schmerz, das Gesicht – verwandelt in schallendes befreiendes Lachen. Flüchtige Vision der Dürftigkeit und Enge des Männlichen,“

schreibt Julieta Kirkwood in ihrem Bericht über das Zweite Feministische Treffen Lateinamerikas und der Karibik, das 1983 in Lima stattfand.

„Ich erinnere mich daran, leise zu mir selbst gesagt zu haben: Mit diesen ent-fesselten Worten, mit dieser Fähigkeit zum Spiel im Leben, zur Lust, zur Freiheit im Ausdruck, zum Kopfsprung des ‚Es‘ in die leere Fülle jeglichen Verlangens ... mit all dem, da bin ich mir sicher, werden solche Zivilisationen, wie wir sie kennen, nicht gebaut ...“

HILDE LANGTHALER

AIDS – FOLGE UND URSACHE VON UNTERENTWICKLUNG?

BETROFFENHEIT VON FRAUEN IN AFRIKA

Historiker werden auf die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts als eine Zeit zurückblicken, die große medizinische Triumphe aufgewiesen hat, angefangen von der Ausrottung der Pocken bis zur Gentechnologie, andererseits aber auch die große Tragödie AIDS nicht verhindern konnte. Falls keine effektiven Gegenmittel gefunden werden, könnte sich AIDS zur größten Epidemie der Geschichte der Menschheit ausweiten.

In den Entwicklungsländern sind die Menschen unter anderem einer Vielzahl von Infektionskrankheiten ausgesetzt. Manche dieser Krankheiten, wie Cholera oder Lepra, haben für uns jetzt exotischen Charakter, obgleich sie vor nicht allzu langer Zeit auch in unseren Breiten noch verheerende Folgen anrichteten. In Entwicklungsländern erkranken jährlich je über zweihundert Millionen Menschen an Malaria und an Schistosomiasis. Tuberkulose, Schlafkrankheit, Durchfälle und Lungenentzündung verursachen viele Todesfälle. Allein in Afrika sterben jährlich eine Million Kinder an Masern. In den letzten zehn Jahren ist AIDS hinzugekommen.

Diese Krankheit hat innerhalb kurzer Zeit eine unvergleichliche Reaktion in der Forschung und in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Das hat mit dazu geführt, daß AIDS häufig als isoliertes Problem dargestellt wird. Tatsächlich läßt sich AIDS jedoch nicht von den übrigen Problemen einer Gesellschaft getrennt sehen: Der Verlauf der Epidemie wird durch die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und Gesundheitsbedingungen einer Gesellschaft maßgeblich beeinflusst, andererseits akzentuiert AIDS bestehende Probleme in diesen Bereichen.

AIDS unterscheidet sich in einigen Punkten wesentlich von anderen Infektionskrankheiten, z. B. in der Dynamik der Ausbreitung. Die lange symptomfreie Zeit zwischen Infektion und eigentlicher Erkrankung hat zu einem exponentiellen Ansteigen neuer Fälle geführt.

AIDS – EIN SYMPTOM DER UNTERENTWICKLUNG?

In den siebenunddreißig ärmsten Ländern sind die staatlichen pro Kopf-Ausgaben für die Gesundheit in den achtziger Jahren um mehr als 50% gesunken. In Afrika haben zwei Drittel der Menschen keinen Zugang zu den essentiellen Medikamenten. Das hat u. a. zur Folge, daß Krankheiten, die das Risiko von HIV-Infektionen vervielfachen, nicht oder nur ungenü-

gend behandelt werden. Aber auch in anderen Ländern haben Unzulänglichkeiten im Bildungs- und Gesundheitswesen die AIDS-Ausbreitung begünstigt. (vgl. Hassel, S. 20)

Während in den Industrieländern Vorbeugemaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit wenigstens teilweise greifen, sieht es in den Entwicklungsländern wesentlich düsterer aus. Es fehlt an Möglichkeiten der intensiven Aufklärung, der Prävention und der medizinischen Versorgung. Die Folgen sind heute schon alarmierend. In vielen Gegenden Afrikas geht infolge der vielen Kranken und AIDS-Toten die wirtschaftliche Produktion und hier vorrangig die landwirtschaftliche zurück. Die Staaten und staatlichen Einrichtungen sind zum Teil restlos überfordert, und das Gesundheitswesen mancher Staaten steht vor dem Zusammenbruch.

Der Ausbreitungsmodus hat sich zu Beginn der 90er Jahre deutlich gewandelt. Weltweit sind zunehmend Heterosexuelle betroffen sowie in wachsendem Maße auch Kleinkinder. AIDS hat sich von der Risikogruppenkrankheit zur Pandemie entwickelt, die sich nahezu unaufhaltsam insbesondere in den Ländern der „Dritten Welt“ ausbreitet. Eine besonders hohe Durchseuchung besteht in einer Reihe von subsaharischen Entwicklungsländern. Aber auch in Asien droht ein Desaster. Die Haupteinfallstore sind Indien und Thailand. Wenig spricht dagegen, daß auch Lateinamerika folgen wird. Ausgangspunkte bilden die Karibik und Mexiko sowie Brasilien. Damit wird AIDS nicht nur zu einem medizinischen, sozialen und ethischen, sondern auch entwicklungspolitischen Problem. (vgl. Studier, S. 454)

DIE HERKUNFT DES VIRUS

Vieles an der Krankheit erscheint nach wie vor rätselhaft. Schon die Herkunft des AIDS-verursachenden HI-Virus wird immer noch kontrovers diskutiert. Die These von der Abstammung vom Affenvirus SIV (Simian Immunodeficiency Virus) hat besonders in Afrika für negative Emotionen gesorgt.

Ein Vergleich des genetischen Aufbaus beider Viren zeigt eine große Strukturhomologie. Offen bleiben aber die Fragen, wann, wo und wie der Übergang vom Affenvirus zum humanpathogenen Retrovirus stattgefunden hat. An der geläufigen Argumentation, SIV hätte in Afrika die Artenschanke überwunden, wurden verschiedentlich Zweifel geäußert. Zwar wäre der Ort und der Zeitpunkt des Auftretens

Die Auffassungen der molekularbiologischen Dis-

sidenten lassen sich grob in drei Punkte untergliedern. Zum einen wird eine gezielte gentechnologische Klonierung des Virus unterstellt. Mit den in Labors der US-Army erzeugten Kunstviren wären an freiwilligen Strafgefangenen Experimente durchgeführt worden. Da sich unter Strafgefangenen zahlreiche Homosexuelle befinden, wäre die aufgrund ihrer langen Latenzzeit zunächst nicht zu beobachtende Krankheit folgerichtig in entsprechenden „hot spots“ in den USA – sprich: San Francisco und New York – ausgebrochen. Erklärt wird durch diesen epidemiologischen Ansatz immerhin, warum die ersten beobachteten Krankheitsfälle in den USA (und nicht in Afrika) auftraten.

Die Erklärungen, die vom „biologischen Super-GAU“ (vgl. Kiper, S. 47) ausgehen, vermuten eine Entstehung des Virus unter Selektionsdruck im Labor. Danach wäre HIV unwissentlich entstanden und als „Laborflüchtling“ ungewollt freigesetzt worden. In US-amerikanischen Primatenzentren wurde bereits Ende der 60er Jahre ein Krankheitsausbruch als Affen-AIDS dokumentiert. Die Möglichkeit besteht, in Zellkulturen Retroviren an neue Wirte anzupassen. Auf diese Weise könnte auch SIV seine Wirtsspezifität verloren haben und im Labor oder durch Abfälle auf den Menschen übertragen worden sein. (vgl. Studier, S. 454)

Die dritte Argumentationslinie, die die HIV-Genese mit der Impfstoffforschung in Verbindung bringt, muß mit diesem Erklärungsansatz nicht unbedingt konfliktieren. So wurde 1960 entdeckt, daß eine Zelllinie, die lange Zeit für die Herstellung des Polioimpfstoffes benutzt worden war, sowie ein Teil des daraus gewonnenen Impfstoffs mit dem SV 40 Affenvirus kontaminiert war. (vgl. Kollek, S. 35) Die Möglichkeit, daß über Schutzimpfungen, bei denen ein verseuchter Impfstoff benutzt wurde, Seuchen verbreitet werden, besteht folglich. Erwogen wurde ferner, ob die Einschleppung und Verbreitung durch Rinderseeren in Zellkulturen, durch Polioschutzimpfungen in Brasilien und den zentralafrikanischen Ländern, durch Hepatitis-B-Impfungen, die 1978 im Raum von San Francisco durchgeführt wurden, sowie bei der Entwicklung eines Impfstoffes gegen die Malaria erfolgt sein könnte. (vgl. Gilks, S. 262) Die letztere Erklärungsvariante geht davon aus, daß zwischen den 20er und 60er Jahren mindestens vierunddreißig Menschen im Rahmen der Malaria-Forschung mit Schimpansen-Serum inokuliert wurden.

Die hier angesprochenen Fragen hinsichtlich des Ursprungs von HIV sind keineswegs artifizierlicher Natur. Zum einen lassen sich die aufgezeigten Hypothesen empirisch überprüfen. Sowohl die Kultivierung der Affenviren und der mögliche Übergang von SIV zu HIV als auch die eventuelle Kontaminierung von Impfsereien, die zwischen den 50er und 70er Jahren für Polio- oder Pockenimpfung verwendet wurden, sowie schließlich die statistische Beziehung zu den weltweiten Impfkationen, ließen sich nach Kollek durch experimentelle Untersuchungen oder durch das Studium

existierender Unterlagen nachprüfen. (vgl. Studier, S. 455)

Wenn sich in den 60er oder 70er Jahren tatsächlich ein Übergang von SIV zu HIV, sei es im Reagenzglas oder im Menschen, vollzogen hat, dann allerdings wären mit diesen Vorgängen gerade die biotechnologischen Laboratorien in Verbindung zu bringen, die heute an der Entwicklung von Diagnostica und AIDS-Vakzinen verdienen. Das könnte die geringe Bereitschaft der „scientific community“ erklären, alte Experimente und Versuchsprotokolle einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.

DIE ÜBERTRAGUNG DES VIRUS

Seit dem Auftreten der Krankheit, die Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre erstmals beschrieben wurde, haben sich in bezug auf die Verbreitung wesentliche Veränderungen ergeben. Vor zehn Jahren wurden in den USA vor allem drei Hochrisikogruppen identifiziert: die Homosexuellen, die Einwanderer aus Haiti und die Bluter. Dieser Ausbreitungsweg der von der Boulevardpresse damals griffig als „Schwulenpest“ titulierten Krankheit ist leicht nachzuvollziehen. Einerseits ist AIDS eine „sexually transmitted disease“ (STD). Noch unter Duvalier war Port-au-Prince eine der Hochburgen der amerikanischen „Gay“-Szene. (vgl. Kiper, S. 47) Andererseits leistete der schwungvolle internationale Handel mit Blut und Blutprodukten, die überwiegend aus den USA und zu einem beträchtlichen Teil auch aus Ländern der Dritten Welt stammten, der weltweiten Ausbreitung von Virusinfektionen Vorschub. Später kam die Gruppe der Drogensüchtigen hinzu, bei der sich über „needle sharing“ oder Beschaffungsprostitution die HIV-Infektion ausbreitete.

Damit sind die Übertragungswege angesprochen. Die Infektionswege lassen sich in drei Gruppen unterteilen:

- 1) Geschlechtsverkehr (homo- oder heterosexuell). Weltweit werden 75% der Infektionen hierauf zurückgeführt.
- 2) Durch die Transfusion von kontaminiertem Blut oder von Blutprodukten sowie der Verwendung von infizierten Injektionsbestecken. Dieser Infektionsweg wird für 15% der Infektionen verantwortlich gemacht.
- 3) Perinatale Infektionen von infizierten Müttern auf ihre Kinder. Schätzungsweise 10% der Infektionen lassen sich darauf zurückführen. Diese Gruppe der Kleinkinder wird von zunehmender Bedeutung sein: Im Jahr 2000 könnten nach Schätzungen bereits über zehn Millionen Kinder HIV-positiv sein. (vgl. The Courier, S. 44)

Etwa 30% der infizierten Mütter geben HIV an ihre Kleinkinder weiter. Schließlich führt der Stich mit einer infizierten Kanüle in einem von zweihundert bis dreihundert Fällen zu einer Inokulation. Bei einer Bluttransfusion liegt allerdings das Übertragungsrisiko bei über 90%, wenn das Blut verseucht war.

Insbesondere in Afrika ist die Wahrscheinlichkeit infizierter Blutkonserven nach wie vor sehr hoch. (vgl. Jäger, S. 73) Über HIV hinaus sind auch andere Viren – wie Hepatitis B und C oder Syphilis – und Malariaerreger im Spenderblut enthalten. Da Bluttransfusionen in Afrika häufig bei Anämien, die z. T. im Rahmen einer Schwangerschaft oder induziert durch Sichelzellanämie bzw. Malaria auftreten, verabreicht werden, ist dies leider noch ein häufiger Übertragungsweg. Aber auch in Bombay waren von zweihundert getesteten professionellen Blutspendern hundertzweiundsiebzig HIV-positiv. (vgl. Kingman, S. 20)

In zunehmendem Maße sind auch Frauen von der Infektion betroffen. Dabei besteht ein deutlicher Schwerpunkt in den afrikanischen Ländern.

Hinsichtlich der zugrundeliegenden Zahlen dieser Schätzungen ist allerdings Vorsicht geboten; aus einer Reihe von Gründen (z. B. unterschiedliche Vorschriften für die Meldepflicht, unterschiedlicher Erfassungsgrad, unterschiedliche Extrapolation von Stichproben und letztlich werden die Tests ja oft unter tropischen Bedingungen vorgenommen, wo Kühlketten oft nicht funktionieren, Sera inaktiv werden, etc.) schwanken schon die aktuellen Angaben. Die Szenarios der demographischen Entwicklungen haben eine noch größere Spannweite. (vgl. Studier, S. 456)

DIE VERBREITUNG VON AIDS

Laut WHO-Schätzungen trugen 1993 etwa dreizehn bis vierzehn Millionen Menschen auf der Welt das AIDS-Virus in sich, eine Million davon sind Kinder. 90% der Infizierten leben in Entwicklungsländern. Allein in Afrika sind es acht Millionen. Im Gesamten könnten bis zum Jahr 2000 vierzig Millionen Menschen HIV-positiv sein. Ein Drittel davon wären Kinder unter fünf Jahren. Cirka zehn Millionen Neuinfektionen wären jedoch verhinderbar, vorausgesetzt, daß sofort mit einem Basisprogramm zur Prävention begonnen würde.

Die Ausbreitung der HIV-Infektion bedroht inzwischen weltweit die öffentlichen Gesundheitssysteme. Die Krankheit ist, so der Direktor des globalen AIDS-Programms der WHO, nicht länger nur ein Symptom der Unterentwicklung, sondern immer mehr schon deren Ursache.

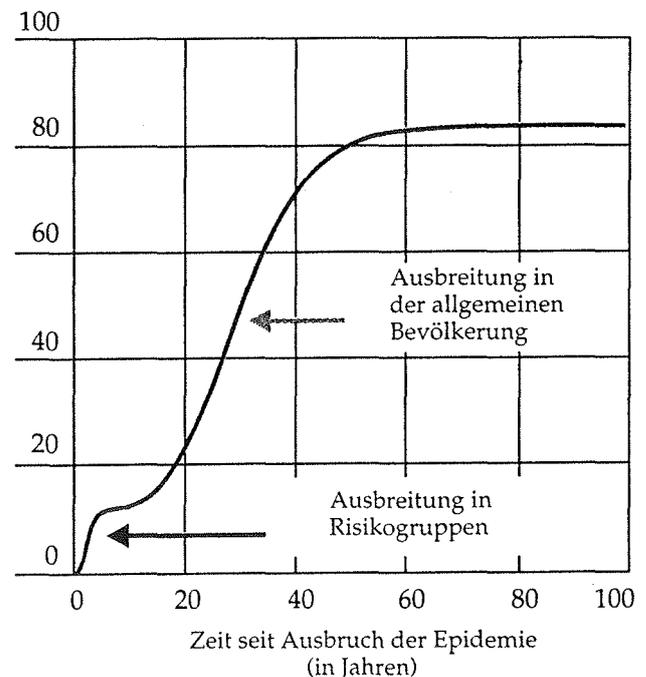
In einigen stark betroffenen Gemeinwesen Afrikas, wo 20–30% der Schwangeren HIV-positiv sind, beginnt AIDS den langfristigen Rückgang bei der Kindersterblichkeit wieder umzukehren.

Krankheits- und Sterblichkeitsraten sind im Ansteigen – auch aufgrund anderer Infektionskrankheiten, die durch AIDS nur indirekt induziert sind, z. B. die Tuberkulose. Eine Kombination von AIDS und TB führt bereits heute weltweit zum beängstigenden Anstieg der Tuberkulosekranken, was ein neues Horrorszenario heraufbeschwören könnte.

Äußerst alarmierende Trends, was die Ausbreitung des HIV-Virus betrifft, werden heute besonders aus Asien gemeldet.

SIMULATION EINER AIDS-EPIDEMIE IN EINEM AFRIKANISCHEN LAND SÜDLICH DER SAHARA:

AIDS – Fälle pro 1.000
sexuell aktiver Menschen



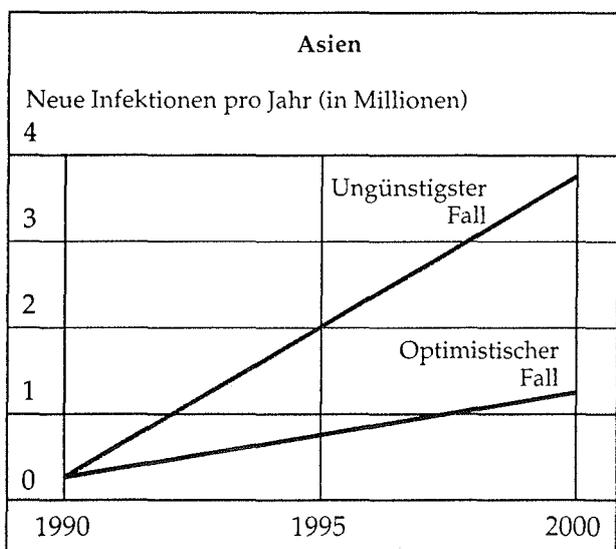
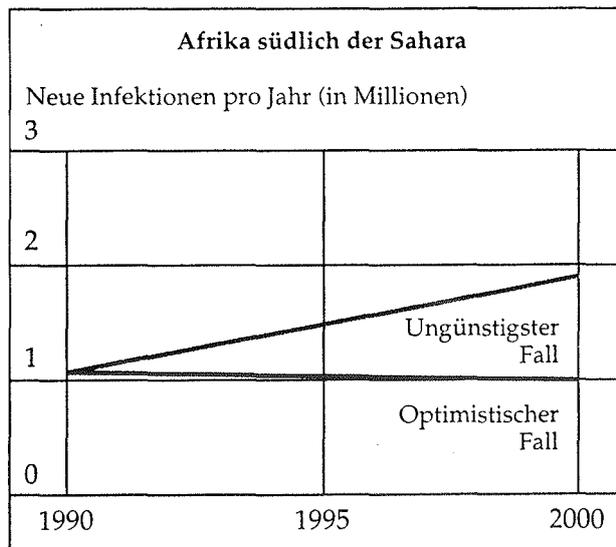
Quelle: Nach Potts, Anderson und Boily 1991
Aus: IBRD, Weltentwicklungsbericht 1993

Südostasien, das bis vor kurzem ein AIDS-Problem überhaupt geleugnet hat, hat heute 1,5 Millionen Infizierte, das ist mehr als Nord- und Südamerika und Europa zusammen. Schätzungen der WHO zufolge werden um das Jahr 2000 jährlich 1,8 Millionen Menschen an AIDS sterben.

Angesichts der kurzen Zeit, mit der sich in vielen Entwicklungsländern die Infektionsraten verdoppeln und angesichts der schnellen Ausbreitung der Krankheit auf Länder, die vor kurzem noch niedrige Infektionszahlen aufwiesen, könnten die Zahlen im Jahr 2000 zwei- oder dreimal höher als die oben genannten Projektionen sein. (vgl. Weltentwicklungsbericht, S. 123)

Die Berechnungsschwierigkeiten derartiger Prognosen sind erheblich. Unbekannte Größen sind u. a. die Größe der Gruppe HIV-Infizierter, die Konversionsrate (also der Übergang der Latenzphase zum Vollbild), die Infektionsrate, die Häufigkeit sexueller Kontakte innerhalb einer Gruppe, die Entwicklung der Gesamtbevölkerung, die Auswirkungen von Verhaltensänderungen und Präventivmaßnahmen. Da sich die verschiedenen Parameter kaum abschätzen lassen – das gilt für Industrieländer im übrigen genauso – und teilweise auch kaum quantifizierbar sind, bleiben demographische Zukunftsprognosen immer fragwürdig.

TENDENZEN BEI NEUEN HIV-INFEKTIONEN AUFGRUND ALTERNATIVER ANNAHMEN, 1990 BIS 2000:



Anmerkung: Asien umfaßt China, Indien und sonstiges Asien und Inselstaaten
 Quelle: Daten der Weltgesundheitsorganisation und der Weltbank
 Aus: IBRD, Weltentwicklungsbericht 1993

Fest dürfte allerdings stehen, daß das Bevölkerungswachstum wohl reduziert, aber nicht rückläufig sein wird.

WARUM SOVIEL AIDS GERADE IN AFRIKA?

Von den weltweiten AIDS-Fällen werden 60% in Afrika angetroffen. In einigen afrikanischen Ländern ist der Anteil der HIV-infizierten Bevölkerung alarmierend hoch; z. B. ist in manchen Städten Zentral- und Ostafrikas bereits jeder dritte infiziert. In Afrika schätzt die WHO für das Jahr 2000 eine Gesamtzahl von

achtzehn Millionen Infizierter. Nach offiziellen Angaben des Gesundheitsministeriums in Simbabwe sind ca. 29% der aktiven Arbeitskräfte des Landes HIV-positiv. Entsprechende Schätzungen für Sambia, Südafrika, Malawi und Uganda gehen von 10–40% aus. (vgl. South, S. 15)

Eine erhebliche Rolle spielen sicher in erster Linie die Kriege – wie z. B. zwischen Uganda und Tansania – und Bürgerkriege. Allein die internen Flüchtlinge werden für Afrika auf dreißig Millionen Menschen geschätzt. Migrationen führen aber u. a. auch zu einem Zerfall traditioneller Familienstrukturen. Eine Rolle für die Ausbreitung spielen weiterhin Arbeitsmigranten sowie der Fern- und Sextourismus. Armut und Hunger zwingen oftmals vor allem Frauen in die Prostitution. Vorhandene Geschlechtskrankheiten mit offenen Wunden erleichtern das Eindringen der HIViren. Paradoxiertweise spielt auch die medizinische Betreuung eine unglückliche Rolle: In zahlreichen Gesundheitseinrichtungen können Basismaßnahmen der Hygiene zum Schutz von Patienten und Personal aus Mangel an Sterilisationstechnik, Handschuhen und Desinfektionsmitteln nicht aufrecht erhalten werden. (vgl. Fleischer, S. 8) Zu erwähnen sind auch die breitangelegten Schutzimpfungen ohne Sterilisation der Spritzen und die Antibiotikabehandlung durch Spritzen. (vgl. Kiper, S. 51)

Dennoch weisen Asien und dann auch Lateinamerika wohl nur einen time-lag gegenüber Afrika auf: Asien ist heute dort, wo Afrika vor fünf Jahren war. (vgl. The Courier, S. 51) Nach Auffassung der Asiatischen Entwicklungsbank verbreitet sich AIDS in Asien so schnell, daß dort in zehn Jahren voraussichtlich fünfzig Millionen Menschen an der Immunschwächekrankheit leiden werden. Laut offiziellen Angaben können sich diese Zahlen innerhalb der nächsten zehn Jahre verzehnfachen. (vgl. New Scientist, S. 13)

BEVÖLKERUNGSPOLITISCHE UND SOZIO-ÖKONOMISCHE ASPEKTE

AIDS betrifft gerade die bevölkerungspolitisch so wichtige Altersgruppe der 20- bis 40-jährigen und hier vor allem die politisch, wirtschaftlich und soziokulturell maßgeblichen Eliten in den Städten.

Die schlimmsten Auswirkungen werden für die Familien vorausgesagt, denen nicht nur der Verlust des Lebensunterhaltes droht. Sie trifft die ganze Wucht der sozialen Auswirkungen der AIDS-Problematik: Isolation, Stigmatisierung und Arbeitslosigkeit. (vgl. Korte u. a, S. 11)

AIDS kann daher zu massiven sozialen Spannungen führen. Es bedarf großer Anstrengungen, damit AIDS-Patienten und HIV-Infizierte nicht aus der Gesellschaft oder der Familie ausgegrenzt werden. Dies zu vermeiden, ist in Afrika besonders wichtig, weil die Gesundheitssysteme nicht einmal ansatzweise in der Lage sind, die AIDS-Patienten in den Gesundheitseinrichtungen zu behandeln oder zu pflegen.

Ein besonderes Problem bilden die sogenannten AIDS-Waisen in Afrika. Es wird damit gerechnet, daß im Jahr 2000 bis zu zehn Millionen Waisenkinder, deren Eltern Opfer der Seuche geworden sind, in Afrika leben. Wer und wie man diese Waisen versorgen kann, ist noch unklar. Waisenhäuser bieten schon wegen der bloßen Anzahl der Betroffenen kaum die Hoffnung einer Lösung, und Großfamilien beginnen die Belastung zu spüren; oft fällt die Verantwortung für die Ernährung, das Kleiden, den Schutz und die Erziehung der Kinder den Großeltern zu, die nur geringe finanzielle Mittel haben. Von wachsender Bedeutung ist die Fähigkeit der Witwen und Waisen, Eigentumsrechte (z. B. Land) nach dem Tod des männlichen Familienoberhauptes zu erlangen. Ohne den Zugang zu Produktionsmitteln können Witwen und Kinder zu Kriminalität oder Prostitution gezwungen sein, um sich selbst zu ernähren. Damit ist der *circulus vitiosus* geschlossen und die Verbreitung der Infektion wird weiter gefördert. (vgl. Armstrong, S. 17)

Die Tatsache, daß durch AIDS so viele gutausgebildete Erwachsene getötet werden, kommt zu ihren ökonomischen Auswirkungen hinzu. So werden in einem großen Krankenhaus in Kinshasa jährlich mehr als 1% des Gesundheitspersonals, einschließlich gut ausgebildeter Mitarbeiter, infiziert. Unter den (meistens männlichen) Beschäftigten einer Textilmühle in Kinshasa wiesen die Manager eine höhere Infektionsrate als die Vorarbeiter und diese wiederum eine höhere Rate als die Arbeiter auf. Die Kosten, ausgebildete Arbeiter zu ersetzen, werden erheblich sein. Eine andere Studie in Tansania projiziert die Kosten des Ersatzes von Lehrern bis zum Jahr 2010 auf vierzig Millionen Dollar.

Der Tod eines Erwachsenen kann verwundbare Familien in die Armut treiben. Selbst in Tansania, wo die Regierung große Teile der Behandlungskosten zahlt, zeigt eine Untersuchung der Weltbank, daß 1991 in den betroffenen ländlichen Haushalten sechzig Dollar – oder etwa das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft – für Behandlungen und Beerdigungen ausgegeben wurden. Die Untersuchung zeigte auch, daß die Auswirkungen des Verlustes eines Erwachsenen bis in die nächste Generation hineinreichen, da die Kinder von der Schule genommen werden, um im Haushalt zu helfen. Der Schulbesuch junger Menschen im Alter von 15 bis 20 Jahren wird um die Hälfte verringert, wenn der Haushalt ein erwachsenes weibliches Mitglied im vorhergehenden Jahr verloren hat. (Weltentwicklungsbericht, S. 24)

DIE ÖKONOMISCHEN AUSWIRKUNGEN VON AIDS

Gegenwärtig belaufen sich die jährlichen Ausgaben für die AIDS-Prävention weltweit auf rund 1,5 Milliarden Dollar. Weniger als zweihundert Millionen Dollar davon werden vielleicht in den Entwicklungsländern ausgegeben, wo 85% aller Infizierungen stattfinden. Von den Entwicklungsländern gab Thailand mit fünfundsiebenzig Millionen Dollar im Jahr 1992 das meiste

für die Vorbeugung gegen AIDS aus, mehr als 75% der Ausgaben stammten aus staatlichen Quellen. Die gesamten Ausgaben für die AIDS-Prävention in Afrika waren nur doppelt so hoch, mit mageren 10% an Staatsgeldern. Eine jüngere Untersuchung für das globale AIDS-Programm der WHO kam zu dem Ergebnis – wie schon erwähnt – daß umfassende Leistungen der Prävention bei AIDS und STD für alle Entwicklungsländer 1,5 bis 2,5 Milliarden Dollar jährlich kosten würden. Dies ist das Zehn- bis Fünfzehnfache der gegenwärtigen Ausgaben, aber es würde enormen Nutzen erzielen. (vgl. Weltentwicklungsbericht, S. 125)

Indirekte Kosten entstehen durch die Ausfallzeiten bei Kranken sowie den pflegenden Angehörigen, direkte Kosten werden verursacht durch medikamentöse Behandlung und Krankenhausaufenthalte. So werden die Medikamentenkosten für einen AIDS-Patienten für die gesamte Dauer der Krankheit für Uganda mit 18,60 \$ angegeben. In Deutschland betragen die Kosten für ein Medikament (AZT) für einen Tag 15,50 \$.

„Es zeigte sich, daß pro Patient (in Uganda) laut nationaler Therapieempfehlung Medikamente im Wert von 18,6 US \$ erforderlich waren, aber (...) nur 15 bis 45% der Medikamente tatsächlich gegeben werden konnten. (...) 18,6 US \$ ist wenig im Vergleich zu unseren Ländern, aber viel, wenn man berücksichtigt, daß in Uganda weniger als 3 US \$ pro Person und Jahr für Gesundheitsausgaben zur Verfügung stehen.“

(vgl. Fleischer, S. 9)

Die AIDS-Epidemie stellt wegen ihrer Auswirkungen auf Ersparnis und Produktivität in vielen Ländern, die bereits Probleme haben, eine Gefahr für das Wirtschaftswachstum dar. Simulationen der Weltbank deuten in den meistbetroffenen Ländern Afrikas auf eine Wachstumsverlangsamung des Pro-Kopf-Einkommens um durchschnittlich 0,6% pro Jahr hin. In Tansania, wo in den letzten Jahren das Pro-Kopf-Einkommen bereits um 0,2% pro Jahr gesunken ist, beträgt die geschätzte Verlangsamung je nach gewählten Annahmen zwischen 0,1 und 0,8%. In Malawi, das unlängst eine Wachstumsrate von 0,9% pro Jahr aufwies, liegt die simulierte Abnahme zwischen 0,3 und 0,5%. Diese Berechnungen schließen die Auswirkungen der Epidemie auf das Bevölkerungswachstum ein, das sich in hart betroffenen Ländern verlangsamen wird.

Die starken gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von AIDS sind teilweise auf die hohen Behandlungskosten zurückzuführen, wodurch Mittel von produktiven Investitionen abgezweigt werden. Tansanische Krankenhausfachärzte schätzen, daß ein HIV-infizierter Erwachsener vor dem Tod durchschnittlich sieben mit HIV im Zusammenhang stehende Erkrankungen erleidet und ein Kind 6,5. Abhängig davon, wieviel medizinische Versorgung ein Patient erhält, liegen in den typischen Entwicklungsländern die gesamten Kosten pro Todesfall eines Erwachsenen zwischen 8% und 400% des jährlichen Pro-Kopf-Ein-

kommens; der Durchschnitt beträgt etwa 150% des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens. (vgl. Weltentwicklungsbericht S. 24)

AIDS UND FRAUEN

Frauen und Kinder sind ganz allgemein die Bevölkerungsgruppe mit dem höchsten Lebens- und Gesundheitsrisiko. In zunehmendem Maße sind Frauen nunmehr auch von AIDS betroffen, wobei ein deutlicher Schwerpunkt auf Afrika besteht, wo mehr als die Hälfte der Infizierten bereits Frauen sind. (d. h. auf fünf Männer kommen sechs Frauen). Die jungen Frauen zwischen 19 und 25 Jahren sind am stärksten betroffen. Im Jahr 2000 werden weltweit dreizehn Millionen Frauen infiziert sein; vier Millionen davon werden dann bereits an AIDS gestorben sein. (vgl. WHO-Press-Release, 7. 9. 1993)

Frauen sind biologisch verwundbarer als Männer. Das Virus hat durch die größere Schleimhautoberfläche mehr Eintrittsmöglichkeiten. Die Ansteckungsgefahr ist demnach für Frauen größer als für Männer.

Auch epidemiologisch sind Frauen gefährdeter als Männer, da in einer patriarchalischen Welt üblicherweise die jüngere Frau mit dem älteren Mann (der mit höherer Wahrscheinlichkeit als die Frau bereits infiziert ist) zusammenlebt oder Beziehungen hat.

In den Entwicklungsländern werden oft weniger als 20% der für das Gesundheitsprogramm zur Verfügung gestellten Gelder für Frauen und Kinder verwendet und noch schlimmer: Bei dem Rest, der den Frauen zugedacht ist, handelt es sich meist um Gelder für Verhütungsmittel; und es ist hinlänglich bekannt, daß Mittel und Methoden der Empfängnisverhütung in der Dritten Welt oft eher gegen die Gesundheit von Frauen gerichtet sind.

Frauen sind demnach auch hier die Hauptleidtragenden: Mangelhafte medizinisch-hygienische Verhältnisse, Überarbeitung, Mangel- und Unterernährung, vielfach unbehandelte STDs, Verbreitung von Malaria und Tuberkulose, Blutarmut und Blutstürze machen Bluttransfusionen notwendig. Blutstürze sind die häufigste Ursache von Müttersterblichkeit – eine afrikanische Frau stirbt zweihundertmal eher an den Folgen von Schwangerschaft und Geburt als eine Europäerin. (vgl. D'Souza, S. 12) Mit der Transfusion wird sie vom Tod gerettet, um dann an AIDS zu sterben.

Die geringen Bildungs- und Ausbildungschancen führen dazu, daß viele Frauen ihren Lebensunterhalt in unqualifizierten Jobs mit geringer Entlohnung verdienen müssen oder arbeitslos sind. Das hat bekanntlich zur Folge, daß die Prostitution oft den einzigen Ausweg aus der Misere darstellt – sei es als Gelegenheits- oder als Hauptverdienstmöglichkeit. Hiezu kommt die Macht zahlreicher krimineller Organisationen des Sexgeschäfts.

Kriege und Vergewaltigungen haben auch eine nicht unbedeutende zusätzliche Ausbreitung des HIV-Virus zur Folge. In Uganda war 1986 nach zwanzig

Jahren Krieg die Hälfte des Militärs HIV-positiv. In Rwanda sollen es heute gar 98% sein.

Die Beschneidungen in verschiedenen Ländern Afrikas gerieten im letzten Jahrzehnt etwas in Vergessenheit. Mit der Ausbreitung des AIDS-Virus haben sie jedoch wieder an trauriger Aktualität gewonnen. So sind sich viele AutorInnen darüber einig, daß die verschiedenen genitalen Verstümmelungen das Infektionsrisiko für Frauen wegen der mangelnden hygienischen Vorkehrungen bei der ‚Operation‘ allgemein und auch bezüglich AIDS erhöhen. Demzufolge kann es sich beispielsweise nicht um einen Zufall handeln, wenn die Verbreitung von AIDS in Afrika räumlich übereinstimmt mit den Regionen, in denen immer noch in größerem Ausmaß Beschneidungen praktiziert werden. Beschneidungen bilden demnach einen der Hauptgründe dafür, daß der Frauenanteil unter den AIDS-Infizierten (über 50%) und AIDS-Erkrankten (etwa 75%) nirgends so hoch ist wie in Afrika. (vgl. D'Souza, S. 12)

AIDS UND FAMILIENPLANUNG

Es ist bekanntlich eine traurige Tatsache, daß Familienplanung im 20. Jahrhundert in einer patriarchalischen Welt als Frauensache betrachtet und den Frauen, speziell den Frauen der Dritten Welt zusätzlich zu allen Lasten aufgebürdet und zugemutet wird.

Familienplanungsstellen werden fast ausschließlich von Frauen betrieben und auch praktisch nur von Frauen frequentiert. Auch in der Aidsaufklärung scheinen die Dinge durchaus ähnlich zu liegen – vielfach sind hauptsächlich Frauen aktiv. In den Beratungsstellen, z. B. in Kenia und Uganda, wo Beratungsgespräche geführt, Kondome und Aufklärungs-Broschüren verteilt werden, sitzen fast ausschließlich Frauen.

Da an den beiden obengenannten Programmen unterschiedliche Geber und unterschiedliche Abteilungen mit unterschiedlichen Fachleuten mit unterschiedlichen Geldtöpfen operieren, laufen die beiden Programme zur Gänze getrennt von einander ab. Es wäre jedoch bei weitem sinnvoller, die Programme zu kombinieren, schreibt die tansanische Ethnologin Siya Mlay. (vgl. GTZ info, S. 12)

In kleinsten Dörfern (die oft nur einen einzigen Gesundheitsposten besitzen) müssen die Programme zwangsläufig kombiniert werden, was jedoch bei weitem besser zu funktionieren scheint, als die isolierten großen AIDS-Beratungsstellen in den Städten, wo die Schwellenangst sehr groß zu sein scheint, bzw. die Leute offensichtlich befürchten, von anderen beim Ein- und Ausgehen gesehen zu werden.

Die Aidsaufklärung und -beratung stößt jedoch besonders auch bei Frauen an ihre soziokulturellen Grenzen. In Entwicklungsländern haben Frauen kaum die Möglichkeit, sich zu verweigern oder auf Kondomverwendung zu bestehen, ohne ihre soziale Stellung, ihre Kinder, ja ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Die Situation wird ganz gut durch den Ausspruch der Mitarbeiterin einer kenianischen Aidsberatungsstelle

gekennzeichnet: Sie sagte, wenn sie selbst, für den Fall, daß ihr Mann HIV-positiv wäre, auf Kondomgebrauch bestehen würde, würde ihr Mann sie verstoßen und das wäre letztlich schlimmer als AIDS.

BEMERKUNGEN ZUR PRÄVENTION

AIDS verdient deshalb eine besondere Beachtung, weil Fehler, die bei der Bekämpfung der Epidemie in einem frühen Stadium gemacht werden, sehr viel schädlichere und kostspieligere Konsequenzen in der Zukunft zur Folge haben werden.

Die Kosteneffizienz von Behandlungsmaßnahmen sinkt drastisch, wenn die Infektionen von den Risikogruppen auf die allgemeine Bevölkerung übergreifen. Da es keinen Impfstoff und keine Heilung für AIDS gibt, ist die Prävention der einzige Weg, um die Krankheit zu bekämpfen. Bei Fehlen adäquater vorbeugender Maßnahmen verbreitet sich AIDS schnell in den Risikogruppen wie unter Prostituierten und ihren Kunden: Wanderarbeiter, Militärs, LKW-Fahrer usw. Darauf folgt eine langsamere und sich später beschleunigende Ausbreitung in der allgemeinen Bevölkerung. Entscheidend ist eine frühzeitige und effiziente Zielgruppenorientierung in der HIV-Bekämpfung, weil die Kosteneffizienz der Maßnahmen abnimmt, wenn die Infektion aus den Risikogruppen mit hoher Verbreitungsmöglichkeit austritt. Die große Zahl neuer Sexualkontakte in den Kerngruppen bedeutet, daß jeder in dieser Gruppe verhinderte HIV-Fall mehr als zehnmal soviel zusätzliche Infektionen verhindern kann als ein in der allgemeinen Bevölkerung verhinderter HIV-Fall. (vgl. Weltentwicklungsbericht, S. 123)

DIE SUCHE NACH IMPFSTOFFEN

Die Impfstoffherstellung gegen HIV stößt auf vielfältige Schwierigkeiten und hat sich in den letzten Jahren als deutlich komplizierter erwiesen als ursprünglich angenommen. Daß Impfversuche in größerem Rahmen trotz zahlreicher angemeldeter Patente noch nicht stattgefunden haben, mag u. a. an der Angst der Hersteller vor möglichen Haftungsansprüchen liegen, falls die Impfung keinen ausreichenden Schutz gewährt oder – noch schlimmer – falls ein unzureichend inaktiviertes Impffagens sogar eine HIV-Infektion auslöst.

Die geradezu hektische Patentierungswut stößt in den USA zunehmend auf Bedenken. Dort hat ein Genomforscher Tausende von Genstücken, deren Bedeutung noch völlig rätselhaft ist, zum Patent angemeldet und nach Ansicht zahlreicher Wissenschaftler damit den freien Informationsaustausch in der Genomforschung stark gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Eine analoge Situation besteht hinsichtlich der Forschung bei einer HIV-Vakzine. Rechtlich bleibt nach wie vor umstritten, ob natürlich vorhandene Gene patentierungsfähig sind – wogegen insbesondere die Züchter von Tieren und Pflanzen

Einspruch erheben. Nach Ansicht der US-amerikanischen Industrial Biotechnology Association sollten nur vollständige Gene, deren biologische Funktionen bekannt seien, patentierungsfähig sein. Zwar wurde der erste Patentierungsanlauf vom US Patent Office zurückgewiesen; es sollen jedoch weitere Runden eingeläutet werden. (vgl. Studier, S. 460)

Gleichwohl rüsten sich viele Hersteller, Institutionen und Entwicklungsländer für großangelegte Impfversuche in der Dritten Welt. (vgl. Brown Phyllida) Kandidaten für Impfversuche seitens der WHO sind Uganda, Rwanda. Als Argument wird dabei u. a. vorgebracht, daß die hohe Durchseuchung der Bevölkerung unter statistischen Aspekten schnellere und sicherere Befunde bei der Impfstoffprüfung erbringen würde. Bei dieser Art von „safari research“ wird die Bevölkerung ganzer Regionen zu simplen Versuchskanichen.

Neben dem äußerst fragwürdigen Wettlauf um Patente entwickelte sich offensichtlich nurmehr eine hektische Betriebsamkeit hinsichtlich dubioser, kaum abgesicherter Impfversuche, z. B. die eines Herrn Daniel Zaguri an zairischen Kindern, über die es nicht einmal dokumentierende Protokolle gibt. Aber auch in Frankreich entwickelten offenbar mehrere Patienten aufgrund der Experimente das AIDS-Vollbild.

STAATLICHE KONTROLLMASSNAHMEN

Einige Länder scheinen zu glauben, der epidemiologische Stein der Weisen, um ein weiteres Vordringen der Seuche zu verhindern, bestünde in diskriminierenden gesetzgeberischen Maßnahmen bzw. der Einschränkung der Freizügigkeit. Nicht weniger als achtundvierzig Länder haben Einreisebeschränkungen für HIV-Positive: In Malaysia werden HIV-positive Drogenabhängige in einem „Zentrum“ isoliert; im islamischen Indonesien geht die Reaktion von „alle einsperren!“ bis hin zu religiös motivierten Urteilen. (vgl. Borchers, S. 17) In Asien sind AIDS-Kranke zu Unberührbaren im ursprünglichen Sinne geworden. Viele Krankenhäuser weigern sich (Thailand und Japan), Infizierte zu behandeln. Andererseits haben gerade die afrikanischen Länder auf diskriminierende Maßnahmen, die weithin als sinnlos und sogar kontraproduktiv beurteilt werden, verzichtet. (vgl. The Courier, S. 52) Besonders paradox wirkt es, wenn ausgerechnet die USA, das Land mit den meisten AIDS-Fällen in der Welt, strenge Einreisebestimmungen erlassen hat.

AIDS UND ENTWICKLUNGSPOLITIK – AUSBLICK

Wenn es richtig ist, AIDS hauptsächlich als soziale Krankheit zu klassifizieren, bestünde die beste Prophylaxe in der sozioökonomischen Entwicklung. (vgl. Studier, S. 463). Dabei ist auf die allseits bekannten entwicklungspolitischen Postulate zu rekurrieren: Beseitigung von Unwissenheit, Armut und Arbeitslosigkeit.

Beseitigung von Unwissenheit schafft tendenziell günstigere Voraussetzungen für eine seuchenhygienische Aufklärung der Bevölkerung.

Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit würde in dem Zusammenhang u. a. bedeuten, Ursachen von Prostitution und Arbeitsmigration zu eliminieren.

Besonders wichtig ist die Förderung der Gleichberechtigung der Frauen. Eine Verbesserung ihrer sozialen und rechtlichen Position und ihrer wirtschaftlichen Lage, die Stärkung von Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung der Frau, sind ein Schlüssel zu erfolgreicher AIDS-Prävention. (vgl. Fleischer, S. 6)

Auf der internationalen AIDS-Konferenz in Amsterdam wurden Vorwürfe laut, die von den Industrieländern geforderten Struktur Anpassungsprogramme, die den Schuldnerländern aufoktroiert würden, stünden im eklatanten Widerspruch zu der empfohlenen verstärkten Gesundheitsvorsorge. Bildungs- und Gesundheitswesen seien bei den Anpassungsmaßnahmen stets die ersten Opfer der Sparpolitik in den öffentlichen Haushalten.

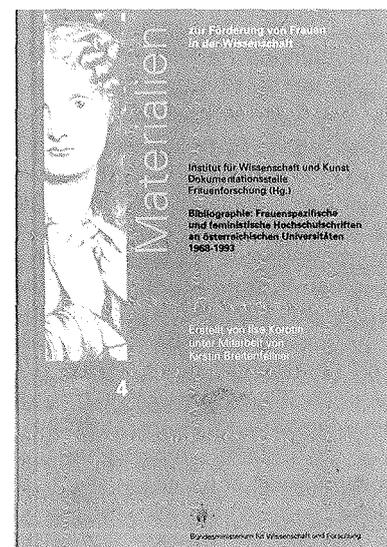
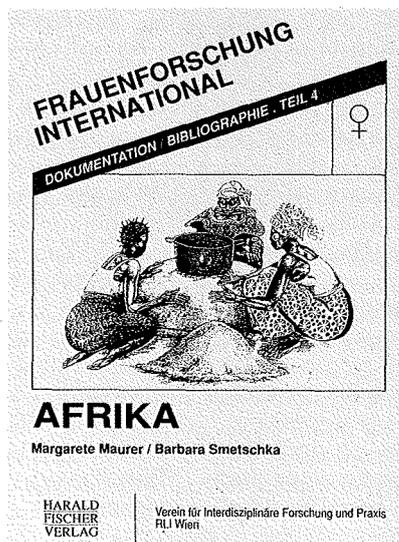
Ein Nord-Süd-Ausgleich wäre demnach auch im eigensten gesundheitspolitischen Interesse der Industrienationen gelegen.

LITERATUR:

Adelmann, Karin: AIDS Congress in Berlin, in: Afrika 7-8/93, S. 11-12
 Armstrong, Jill: Sozioökonomische Implikationen von AIDS in Entwicklungsländern, in: Finanzierung und Entwicklung, Dez. 1991, S. 15ff
 Barnett, Tony / Blake, Pierre: AIDS in Afrika: its present and future impact. London: Belhaven Press, 1992. - 193.S
 Borchers, Jens: AIDS in Asien, in: epd-entwicklungspolitik, 4/93, S. 14-20
 Brown, Phyllida: AIDS vaccines, in: New Scientist 27. 4. 1991

Claasen, Heimo: Afrikanisches Märchen, in: epd-entwicklungspolitik, 8/91, S. 28-31
 Dancygier, Henryk: AIDS. Ein klinischer Leitfaden. Stuttgart, New York: Georg Thieme, 1993, 2. Neub. Aufl.
 D'Souza, Claudia Indira: Frauen und AIDS, in: Mosquito, 8/1990, S. 11-13
 Gilks, Charles: AIDS, monkeys and malaria, in: Nature, Vol. 354, Nov. 1991, S. 262
 Fleischer, Klaus: Möglichkeiten von Interventionsmaßnahmen in Prävention und Therapie von AIDS in der Dritten Welt. Vortrag in Bonn 11. 9. 1992, (unveröffentlichtes Manusk.) S. 8
 Hassel, Nikola von: Krankheit der Armen, in: epd-entwicklungspolitik 8/91, S. 19-23
 IBRD, Weltentwicklungsbericht 1993
 Jäger, Helmut: AIDS and blood transfusion in Afrika, in: The Courier, march-april 1991, S. 73f
 Kingman, Sharon: The cost of clean blood, in: New Scientist v. 5. 9. 1992, S. 20
 Kiper, Manuel: Seuchengefahr aus der Retorte, Reinbek bei Hamburg, 1992
 Kolleg, Regine: Die Entstehungsgeschichte von AIDS, in: Wechselwirkung Nr. 36, Feb. 1988
 Korte, Rolf / Rehle, Thomas / Kirsch, Thomas: AIDS-Spirale ohne Ende, in: gtz info 1/92, S. 11-14
 Krumme, Barbara: AIDS: Nur angepaßte Strategien helfen, in: epd-entwicklungspolitik, 8/91, S.24-28
 Lamboray, Jean-Louis / Elmendorf, A. Edward: Combatting AIDS and other sexually transmitted diseases in Africa. A review of the World Bank's agenda for action. Washington, DC.: IBRD, 1992
 Langthaler, Hilde: AIDS in Afrika, in EPN 2/87, S. 7-10
 Mlay, Siya Akwillina: Warum trennen, was zusammengehört, in: GTZ info 1/1992, S. 12-14
 Nunn, Paul / Kochi, Arata: A deadly duo - TB and AIDS, in: World Health, 4/93, S. 7-9
 Sseruwagi, Januarius: Die Seuche, die keine Grenzen kennt, Manuskript des VIDC von 3/93
 South, June-July 1991, S. 15
 Studier, Alphons: Die AIDS-Pandemie in Afrika und Asien, in: NORD-SÜD aktuell, 3/1992, S. 454-465
 WHO, Press Releases vom 21. 5. 1993, 6. 6. 1993 und 7. 9. 1993

IWK - BIBLIOTHEK FRAUENFORSCHUNG:



DOROTHEA GAUDART

FRAUENRECHTSBILDUNG IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Im Kontext der Geschichte der Menschheit wie auch jener der Menschenrechte stellt die Anerkennung der Gleichstellung von Frau und Mann in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens eine sehr rezente Entwicklung dar. Diese Anerkennung fand zuerst auf völkerrechtlicher Ebene im Rahmen der Vereinten Nationen statt. Auf der Ebene innerstaatlicher Rechtssysteme hat sich das Prinzip sehr viel langsamer und oft entgegen allgemeinen Verfassungsbestimmungen durchgesetzt. (Vogel-Polsky, 1989)

In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zeigt sich dabei wiederholt, daß ein Hindernis zur Durchsetzung der Frauenrechte darin liegt, daß die meisten Frauen und Männer die in internationalen Standards verankerten Frauenrechte nicht kennen und mit den gesetzlichen und administrativen Verfahren, durch die sie angewendet werden müssen, nicht umgehen können. Daher empfiehlt der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen in seiner EntschlieÙung 1990/15, „Informationen über die Frauenrechte in bezug auf internationale Rechtsinstrumente zu verbreiten, und zwar auf allen Bildungsebenen“. Die prioritär geforderte Rechtsbildung (legal literacy) und ihre angestrebte Internationalisierung sollten sich dabei mit der Kenntnis und Anwendung der die Frauenrechte betreffenden Menschenrechtspakte befassen und diese internationalen Instrumente in Forschung und Lehre sowie in den Lehrplänen verankern. (Gaudart, 1990, 1993a, 1993b)

Die Zusammenstellung beginnt mit den standardsetzenden Aktivitäten der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen, betont das dichter werdende Netzwerk internationaler Normen dank der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und berichtet abschließend über die Erfahrungen mit der Durchführung des 1. Postgraduiertenkurses im Sommer 1993 am Sitz des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung in Stadtschlaining (Burg).

DIE FRAUENRECHTSKOMMISSION DER VEREINTEN NATIONEN (UN Commission on the Status of Women)

Ursprung und Einrichtung: Bei der Gründungskonferenz in San Franzisko haben Nichtregierungsorganisationen, Frauenorganisationen und Frauendelegierte, insbesondere von der in der Zwischenkriegszeit gegründeten Inter-Amerikanischen Kommission, Druck dahinter gesetzt, daß das Prinzip der „Gleichstellung von Mann und Frau“ (equal rights of men and

women) in die Charta der Vereinten Nationen (Präambel, Artikel 1 und 8) aufgenommen wurde. Die Delegierte Brasiliens stellte den Antrag, daß der Wirtschafts- und Sozialrat (Economic and Social Council; ECOSOC) eine Kommission zum Studium des politischen Status der Frau einsetzen solle.

Mai 1946 stellte die Rumpfkommision (bestehend aus Mitgliedern von Dänemark, Dominikanischer Republik, Libanon, Polen, Frankreich, Indien, China – bei einem Treffen im Hunter College, N. Y.) fest,

„daß Freiheit und Gleichstellung wichtig für die menschliche Entwicklung sind, und da nun die Frau ebenso wie der Mann ein menschliches Wesen und daher berechtigt ist, diese mit ihm zu teilen“,

wurde daraus gefolgert,

„daß die Arbeit der Unterkommision solange fortgesetzt werden soll, bis die Frauen den Punkt erreicht haben, wo sie auf gleicher Ebene mit Männern stehen. Priorität sollte in der Praxis den politischen Rechten zugewendet werden, weil wenig Fortschritte ohne sie gemacht werden können ...“

(E/38/Rev.1). (Margaret Bruce, 1971, 1992)

Die Frauenrechtskommission hat Ergänzungen zu den Entwürfen der Menschenrechtspakte vorgeschlagen und zahlreiche EntschlieÙungen in der Absicht verabschiedet, die Aufmerksamkeit auf Probleme und bestehende Ungleichheiten von Mann und Frau zu lenken. Entsprechend ihrem Mandat,¹ begann die Frauenrechtskommission, Informationen zu sammeln (mittels Fragebogen, die an die Mitgliedsländer und Nichtstaatliche Organisationen gerichtet waren) und die Diskrepanzen zwischen den Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen und der tatsächlichen Situation und den Lebensbedingungen von Frauen in den Mitgliedstaaten zu analysieren, in Beratung mit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Gebiete und mit der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), was die grundlegende Bildung der Mädchen und Frauen betraf.

Das Hauptaufgabengebiet der Frauenrechtskommission war die Ausarbeitung von universellen Standards, betreffend die Gleichstellung der Geschlechter. Dank ihrer Bemühungen sind die Frauenrechte Inhalt von internationalen Verträgen und Erklärungen geworden, viele davon gaben Präzedenzfälle auf dem Gebiet der Menschenrechte ab, z. B.:

Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau, 1952

Übereinkommen über die Staatsbürgerschaft der verheirateten Frau, 1957

Übereinkommen und Empfehlung über die Zustimmung zur Eheschließung, Mindestalter bei Eheschließung und Registrierung von Eheschließungen, 1962, 1965

Erklärung über die Beseitigung von Diskriminierung der Frau, 1967

Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, 1979

Erklärung über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen, 1993.

Zur „vollen Integration von Frauen in den gesamten Entwicklungsprozeß“ wurden langfristige Programme zur Förderung der Frauen, Beratungsdienste und technische Hilfsprogramme eingerichtet.

1972 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf Vorschlag der Frauenrechtskommission 1975 zum Internationalen Jahr der Frau mit der dreifachen Zielsetzung erklärt, die Aktionen zu intensivieren, um

die Gleichstellung von Mann und Frau zu fördern,

die Integration der Frauen in den gesamten Entwicklungsprozeß sicherzustellen und

den Beitrag der Frau zur Stärkung des Weltfriedens zu vergrößern.

Während des Frauenjahrzehnts der Vereinten Nationen (1976–85) wurden bei den Weltfrauenkonferenzen (1975 in Mexiko, 1980 in Kopenhagen, 1985 in Nairobi) Programme zur Verbesserung des Status der Frau beschlossen.

Zusammen mit den von den Sonderorganisationen (IAO, UNESCO) verabschiedeten Übereinkommen – z. B. Übereinkommen (Nr. 100) über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit, 1951 – und mit den von den Weltfrauenkonferenzen im Frauenjahrzehnt der VN angenommenen Programmen, insbesondere den *Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau* (bis zum Jahr 2000), hat die internationale Staatengemeinschaft de iure ein dichtes Netzwerk von internationalen Normen geschaffen und de facto die öffentliche Bewußtseinsbildung gehoben und tiefverwurzelte Traditionen und Haltungen, die die Diskriminierung der Frauen verlängern, sukzessive geändert. Das Impact dieser internationalen Entwicklungszusammenarbeit auf die Frauenrechte hat im Verlauf der letzten vier Jahrzehnte die weibliche Bevölkerung weltweit in den Hauptstrom sozialen Wandels hineingeführt.

Für die Entwicklungszusammenarbeit festzuhalten bleibt, daß es sich bei diesen Bemühungen um die Durchsetzung der Individual- bzw. Persönlichkeitsrechte der Frau um eine weltweit getragene politische Willensäußerung der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen handelt, deren Anzahl von einundfünfzig im Jahr 1946 auf hundertvierundachtzig im Jahr 1993 gestiegen ist. Österreich ist seit 1955 Mitgliedstaat der VN und Mitglied der Frauenrechtskommission in den Perioden 1965–67, 1970–72, 1989–96.

Die Frauenrechtskommission arbeitet als Katalysator für diese von anderen und über das System der Vereinten Nationen hinausgehenden Aktionen und ist

auch das Vorbereitungsgremium für die Vierte Weltfrauenkonferenz mit der Aktionsplattform für Gleichstellung, Entwicklung und Frieden, 4.–15. September 1995 in Peking.

In jeder der fünf Weltregionen werden dazu regionale Vorbereitungstreffen veranstaltet. Für die Europäische Region plant die Europäische Wirtschaftskommission (Economic Commission for Europe, ECE mit Sitz in Genf) eine regionale Vorbereitungstagung in Wien, 17.–21. Oktober 1994. Und wie üblich geht den Konferenzen mit Regierungsvertreterinnen ein Forum der Nichtregierungsorganisationen voraus. Das Forum der ECE/Nichtstaatlichen Organisationen (ECE/NGO Forum '94) ist vom 13.–15. Oktober 1994 in Wien geplant.²

KONVENTION ZUR BESEITIGUNG JEDER FORM VON DISKRIMINIERUNG DER FRAU

Ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung des Prinzips der Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen ist die von der VN-Generalversammlung am 18. Dezember 1979 verabschiedete und dreißig Artikel umfassende Konvention zur Beseitigung jeder Form von *Diskriminierung der Frau*.³ Zur Unterzeichnung am 1. März 1980 aufgelegt, wurde die Konvention von einundfünfzig Staaten während der Eröffnungszeremonie zur Zweiten Weltfrauenkonferenz unterzeichnet, darunter auch von Staatssekretärin Johanna Dohnal in Kopenhagen. Die Konvention trat am 3. September 1981 in Kraft und wurde von Österreich 1982 mit Vorbehalten ratifiziert; sie ist für Österreich am 30. April 1982 in Kraft getreten (vgl. BGBl. 443/1982).

Internationale Verpflichtungen: In Österreich räumt eine Konvention (bzw. ein Übereinkommen) einzelnen Personen kein subjektives Recht und daher auch keine Rechtsmittel ein, sondern begründet nur völkerrechtliche Pflichten für Österreich als Vertragsstaat.

Alle Vertragsstaaten müssen in regelmäßigen Abständen in Form eines Berichtes Rechenschaft über die Verwirklichung der einzelnen Bestimmungen in der Konvention abgeben, der von einem eigenen hierfür geschaffenen unabhängigen Expertenausschuß sorgfältig geprüft wird. Die Grundlagen für diese Berichtsprüfungsverfahren sind in den abschließenden Artikeln der Konvention festgelegt. Dazu gibt es auch Anleitungen, die den Staaten die Anfertigung der Berichte erleichtern sollen.

So müssen beispielsweise nach der *Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau*, Artikel 18, alle jene „gesetzgeberischen, gerichtlichen, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen“, die zur Durchführung dieser Konvention im innerstaatlichen Rechtsbereich getroffen werden bzw. schon getroffen wurden, offiziell berichtet werden.

Mit dem Inkrafttreten dieser Konvention ist 1982 das Komitee zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau (Committee on the Elimination of Discrimination against Women; CEDAW) als unabhängiges Exper-

Innenkomitee eingerichtet worden, das die Durchsetzung der Bestimmungen dieser Konvention periodisch (nach dem Erstbericht mindestens alle vier Jahre) überprüft. Die Tagungen von CEDAW sind öffentlich und die zur Prüfung anstehenden Länderberichte (in Erfüllung der ratifizierten Konvention) können vom Sekretariat von CEDAW angefordert werden.

Die Stellungnahmen von Nichtregierungsorganisationen werden in die Berichtslegung mancher Vertragsstaaten miteingeschlossen, im Falle der Berichtslegung an die Internationale Arbeitsorganisation sind die Stellungnahmen der Interessenverbände von Arbeitnehmern und Arbeitgebern verbindlich vorgeschrieben.

Frauenrechtsbildung: Artikel 1 ist für die Frauenrechtsbildung von besonderer Bedeutung, weil er „Diskriminierung der Frau“ definiert.⁴ Darin wird festgelegt, daß die Konvention sich mit der gegen Frauen gerichteten Diskriminierung und nicht mit Diskriminierung aufgrund des Geschlechts befaßt. Die Konvention ist daher nicht auf die von Männern erfahrenen diskriminatorischen Praktiken ausgerichtet. Diese Probleme werden in anderen internationalen Menschenrechtsinstrumenten behandelt.

Während andere Konventionen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ausschließen, ist diese besondere Konvention notwendig, um sich mit den vielen Rechtsgebieten und Sozialinstitutionen zu befassen, die die Fortsetzung der Diskriminierung der Frau perpetuieren und die Frau dadurch behindern, volle Gleichstellung zu erreichen. (Ilic, 1991)

Für die Entwicklungszusammenarbeit ist hervorzuheben, daß das Prinzip der gleichen Rechte für *alle* Frauen gilt, unabhängig von ihrem Familienstand. Denn in manchen Weltregionen werden neben zivilen und bürgerlichen Rechten auch je nach Herkunftstamm des Ehegatten unterschiedliche Wohnheitsrechte, vor allem was die Rechtsstellung der Frau in der Familie anbelangt, ausgeübt. In diesem Zusammenhang haben einige Länder anlässlich der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde Vorbehalte erklärt, insbesondere gegen den Wortlaut von Artikel 16 über die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Angelegenheiten im Rahmen der ehelichen und familiären Beziehungen usw.

Die Definition von Diskriminierung der Frau ist sehr weit und umfaßt eine große Zahl von Sachverhalten. Zuerst legt sie fest, welche Praktiken („jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung“) Diskriminierung darstellen. Absichtliche wie auch unabsichtliche („zum Ziel oder zur Folge hat“) Diskriminierung ist verboten. Die Definition gibt auch die Gebiete an („politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, staatsbürgerlichem oder anderem“), auf welchen diskriminatorische Praktiken auszuschließen sind, und umfaßt öffentliche wie auch private („oder auf jedem anderen Gebiet“) Praktiken.

Von den Vertragsstaaten wird daher erwartet, daß sie die in dreißig Artikeln von der Weltstaatengemeinschaft, d. h. international akzeptierten Grundsätze

und Maßnahmen anwenden, und zwar im Lichte dieser Definition. Die Konvention verlangt nationale Gesetze, um die Diskriminierung zu beseitigen und empfiehlt vorübergehende Sondermaßnahmen, um die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau zu beschleunigen und Aktionen, damit die sozialen und kulturellen Verhaltensweisen, die die Diskriminierung perpetuieren, geändert werden.⁵

Letztendlich richtet sich die Verpflichtung zur Erfüllung internationaler Rechtsinstrumente zur Förderung der Frau nicht nur an den Staat, sondern an alle gesellschaftlichen Kräfte und nationalen Gremien. Damit sind Frauen und Männer indirekt selbst aufgerufen, zur Verwirklichung der Gleichberechtigung im Alltag beizutragen. Eine Voraussetzung dafür ist die Kenntnis dieser internationalen Instrumente.⁶ Daher wurde 1990 – wie eingangs erwähnt – den Regierungen, im Zusammenwirken mit Frauenorganisationen und Nichtstaatlichen Organisationen empfohlen, Schritte auf prioritärer Basis zu setzen, um Frauen wie Männer über die Frauenrechte in bezug auf internationale Übereinkommen und nationale Gesetze zu informieren und/oder Kampagnen zur Rechtsbildung der Frauen zu unternehmen, und dabei formale und nicht-formale Bildung auf allen Ebenen, die Massenmedien und andere Mittel einzusetzen. Solche Anstrengungen sollten bis zum Jahr 1994 unternommen werden.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit ist ein sehr langwieriger Prozeß, der steter Wachsamkeit bedarf, am runden Tisch internationaler Regierungsorganisationen und in den entsprechenden Gremien im nationalen Bereich. In Österreich – wie auch in anderen Vertragsstaaten – besteht offensichtlich ein Nachholbedarf in der Erfüllung internationaler Verpflichtungen. Dies zeigte sich auch in den Debatten und Schlußfolgerungen der Weltmensenrechtskonferenz in Wien (Juni 1993).

ERSTER POSTGRADUIERTENKURS ÜBER MENSCHENRECHTE VON FRAUEN

Dieser von der Autorin mit Dr. Dorota Gierycz (Vizepräsidentin des Europäischen Universitätszentrums für Friedensforschung) in Österreich, als dem damaligen Sitzstaat der Sekretariatseinheiten der Frauenrechtskommission und von CEDAW, initiierte und gemeinsam mit den Völkerrechtsexperten Universitäts-Professoren Dr. Wolfgang Benedek und Dr. Manfred Nowak organisierte Postgraduiertenlehrgang wurde unter der Trägerschaft von World University Service – Österreichisches Komitee von der Kommission für Entwicklungsfragen bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und dem Bundeskanzleramt – Entwicklungszusammenarbeit finanziert. Dabei behandelte eine internationale Fakultät die Menschenrechtspakte und -verfahren der VN, aber auch jene der afrikanischen, interamerikanischen und europäischen Region.

Die fünfundzwanzig TeilnehmerInnen – vorwiegend aus der afrikanischen Region – kamen von

Rechtsfakultäten, Menschenrechtsligen, Verwaltungen und Volksvertretungen. Die ihnen gestellten Lernaufgaben umfaßten beispielsweise folgende:

In welchem Umfang entspricht der Länderbericht den formalen Anforderungen von CEDAW? Enthält er vergleichbares statistisches Material, das die tatsächliche Situation der Frauen zu beurteilen erlaubt?

Welche Hauptanliegen wurden nicht angesprochen und weshalb nicht? Hat der Staat Vorbehalte gegenüber der Konvention erklärt? Welche Bedeutung haben diese Vorbehalte bei der Anwendung der Konvention?

Welche Strategien würden Sie bei der nächsten Berichtslegungsperiode anwenden, um die Durchsetzung der Konvention in Ihrem Land zu fördern?

Welche Schritte könnten von Seiten der Interessenverbände, Nichtregierungsorganisationen unternommen werden, um die erste Berichtslegung, die periodischen Folgeberichte vorzubereiten? (Byrnes, 1989, 1992)

Die von den LehrgangsteilnehmerInnen ausgearbeiteten Papiere zeigten eine zunehmende Einstellungsänderung zu den am Kursbeginn akzeptierten Gewohnheitsrechten betreffend die Rechtsstellung der Frau im Familienrecht, weiters in der Beratung von Familienstreitigkeiten, hinsichtlich Erbrecht, Landeigentum, Vormundschaft der Kinder, Autonomie beim Abschluß von Arbeits- und Lehrverträgen etc.

Besondere Anliegen betrafen die fundierte Berichterstattung von Frauenrechtsverletzungen, beispielsweise an Amnesty International, die Öffnung von Lehrangeboten und Einrichtung von Studiengängen über Frauenrechte im Lichte internationaler Rechtsinstrumente, oder die Planung von Informationsveranstaltungen zum Thema „Was bringt die Konvention den Afrikanerinnen?“

Sommer 1994 ist ein weiterer Postgraduertenlehrgang in Stadtschlaining geplant und für 1995 dessen Abhaltung an einer afrikanischen Universität.

Frauenrechtskurse im Lichte internationaler Instrumente sind auch in zentral- und osteuropäischen Ländern geplant.

LITERATUR:

- Bruce, Margaret: Work of the United Nations Relating to the Status of Women, *Human Rights Journal*, IV, 2-1971, 365-412; *United Nations and Equal Rights of Men and Women*, Berichtsentwurf, DAW/UNOV, 1992
- Byrnes, Andrew: The 'Other' Human Rights Treaty Body: The Work of the Committee on the Elimination of Discrimination Against Women, *The Yale Journal of International Law*, Vol. 14, No. 1, Winter 1989, 1-67; Women, Feminism and International Human Rights Law – Methodological Myopia, Fundamental Flaws or Meaningful Marginalisation, *Australian Yearbook of International Law*, 1992, 12, 205-240
- Gaudart, Dorothea: Legal Literacy in Higher Education, *Higher Education in Europe*, Vol. XV. No. 3, 1990, 48-53; Introducing Women's Rights under International

Conventions in the Development of Human Rights Education in the Europe Region, *Human Rights and Human Rights Education in the Process of Transition to Democracy*, Reports from the international expert meeting organized by European Centre for Human Rights Education, published with financial support of UNESCO by European Information Centre of Charles University, Praha, Czech Republic, 1993, 103-114; Internationale Übereinkommen und das Instrumentarium des internationalen Arbeitens, dargestellt am Beispiel Frauenrechte, *Erwachsenenbildung in Österreich*, 3/93, 4-7

Ilic, Zagorka: The Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, *Manual on Human Rights Reporting under Six Major International Human Rights Instruments*, eds. United Nations Centre for Human Rights, Geneva, United Nations Institute for Training and Research (UNITAR), Geneva, United Nations, N.Y., 1991

Sammlung ausgewählter internationaler Instrumente zur Gleichbehandlung von Frau und Mann im Arbeitsleben, hg. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien, 1990

Vogel-Polsky, Eliane: *Positive Aktionen und die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Einschränkungen, die deren Durchsetzung in den Mitgliedstaaten des Europarates entgegenstehen*, Deutschsprachige Ausgabe, hg. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien, 1989

ANMERKUNGEN:

- 1 Das Mandat der Frauenrechtskommission 1946 lautet: „Empfehlungen und Berichte für den Wirtschafts- und Sozialrat zur Förderung der Frauenrechte auf politischen, wirtschaftlichen, sozialen und Bildungsgebieten vorzubereiten“, und zur „dringenden Behandlung von Problemen, die eine sofortige Aufmerksamkeit auf dem Gebiet der Frauenrechte erfordern.“ Die letztgenannte Aufgabe wurde im Folgejahr ergänzt, um das Prinzip der Gleichstellung von Mann und Frau hervorzuheben und lautet: „Empfehlungen und Berichte ... über dringende Probleme, die eine sofortige Aufmerksamkeit auf dem Gebiet der Frauenrechte in der Absicht erfordern, das Prinzip durchzusetzen, daß Männer und Frauen die gleichen Rechte haben, und Vorschläge auszuarbeiten, die entsprechende Empfehlungen in Kraft setzen.“ (ECO SOC Res. 48 (IV) vom 29. März 1947). Das Mandat der Frauenrechtskommission wurde 1987 erweitert, um die Implementierung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau zu überwachen.
- 2 NGO Forum '94 wird in Genf vorbereitet von NGO / ECE Working Group on Women, NGO-Lounge, Palais des Nations, CH-1211 Geneva 10, Switzerland, tel. 41-22-917-4735; fax: 41-22-917-0181; e mail: ngoceewomen@gp.apc.org.
- 3 In der Sammlung ausgewählter internationaler Instrumente zur Gleichbehandlung von Frau und Mann im Arbeitsleben, hg. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien 1990, sind die von Österreich ratifizierten Übereinkommen im vollen Wortlaut wiedergegeben, und zwar in der Form, wie sie in den Bundesgesetzblättern kundgemacht werden. Dies bietet für die internationale Entwicklungszusammenarbeit den Vorteil, gleichzeitig auch den Text in englischer und französischer Originalfassung zur Verfügung zu haben. Die Sammlung kann vom BMAS – nach Maßgabe der Restbestände – angefordert werden (Tel. 71100-6208, 6282).

- 4 In dieser Konvention bezeichnet der Ausdruck „Diskriminierung der Frau“ jede auf Grund des Geschlechts vorgenommene Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung, die zum Ziel oder zur Folge hat, daß die von der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau ausgehende Anerkennung, Inanspruchnahme oder Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten der Frau – gleich, welchen Familienstands – auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, staatsbürgerlichem oder anderem Gebiet beeinträchtigt oder vereitelt wird.
- 5 Die Artikel 1 bis 4 sind von Österreich verfassungsändernd ratifiziert worden, bedürfen aber zur Erfüllung der Erlassung von Gesetzen. Hinsichtlich der „vorübergehenden Sondermaßnahmen“ im Artikel 4 ist dies 1985 mit der Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz erfolgt und 1990 auch mit der Novelle zum Universitätsorganisationsgesetz.
- 6 Vgl. Enquete Gleichbehandlung von Frau und Mann im Arbeitsleben am 31. Mai 1989 im Festsaal der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, D. Gaudart, „Die internationalen Verpflichtungen Österreichs“.

ELFRIEDE FRITZ

WAS SOLLEN FRAUEN VOM FREIHANDEL HALTEN?

Unwiderrspochen, objektiv und neutral gilt die weltweite Handelsliberalisierung als der Motor des Wirtschaftswachstums. Ausgewiesen in den einschlägigen Publikationen der kompetenten internationalen Organisationen, wie der OECD¹, dem GATT², dem IWF³, der Weltbank⁴ oder der UNCTAD⁵ führt das Wirtschaftswachstum, je nachdem ob es steigt oder sinkt zu verschiedenen Aussagen und Prognosen mit dem Tenor: je mehr Wirtschaftswachstum, desto besser geht es uns, je weniger desto schlechter. Gemessen wird dies u. a. an der Arbeitslosenrate, an den verbesserten Möglichkeiten zum Erwerb von Konsumgütern, an der Steigerung des Lebensstandards – für mehr Personen als vorher. Daß auf etliche Jahre verteilt, ein um einige Prozent höheres Wirtschaftswachstum im Beitrittsfall Österreichs zur EG zu erwarten sei, war zunächst auch das einzige Argument für den Beitritt. Heute hat sich die Argumentation dafür, gestärkt durch den Zusammenbruch der Regime in Osteuropa, auf die gemeinsame Lösung globaler und regionaler Probleme, wie Umwelt, Migration oder Sicherheit verlagert.

Die Wirtschaftstheorie der heute gepriesenen Neoklassik versteht sich als vollkommen wertfrei und neutral. Den Grundstein dafür legten Adam Smith und David Ricardo mit seinem Gesetz der komparativen Kosten, nämlich dort zu produzieren, wo die günstigsten Bedingungen vorliegen. Sie hat ihre eigene Sprache und Regeln, basierend auf dem der US-Gesellschaft immanenten Konkurrenz- und Wettbewerbsgedanken. Bei einer Konkurrenz ist der Gewinn des einen immer der Verlust des anderen. In der Wirtschaftssprache heißt dessen Untergang dann Strukturanpassung. Persönliche Schicksale der betroffenen Menschen, darunter besonders Frauen und Kinder, kommen darin nicht vor. Vielleicht weist die Arbeitslosenstatistik aus, daß ein nicht mehr konkurrenzfähiges Unternehmen mangels Wirtschaftlichkeit

schließen mußte, wie die Diskussion um die verstaatlichten Betriebe in der Krisenregion Oststeiermark zeigt. Daß die Arbeitslosen als präsumptive Konsumenten der produzierten oder importierten Waren ausfallen müssen, ist nicht einberechnet.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kommt auch die Arbeit im Haushalt, die zum Großteil von Frauen verrichtet wird, nicht vor. Ebenso unbeachtet bleibt die Arbeit der Frauen, die Kindererziehung, Alten- und Krankenbetreuung übernehmen müssen, weil wirtschaftlich nicht mehr tragfähige soziale Einrichtungen, wie Spitäler, Kindergärten und Altersheime geschlossen werden. Einmal in den informellen Bereich des Haushaltes abgeschoben, handelt es sich dann um „unproduktive“ Tätigkeiten. Die unrentablen Betriebe beschweren nicht mehr die Statistik und sollen die Ausrichtung auf ein marktwirtschaftliches System nicht weiter trüben. Darunter leiden heute auch die Frauen der auf dem Übergang zu einer Marktwirtschaft begriffenen Oststaaten. Ein nachhaltiges und dynamisches Wirtschaftswachstum, zum Ziel des Transformationsprozesses gemacht, soll so schnell wie möglich mit einer mehr oder weniger gemäßigten Schocktherapie erreicht werden. Die soziale Gerechtigkeit ist darin kein Faktor.

Sollte das Wachstum in den Industrieländern auch nicht mehr so recht funktionieren, gibt es Katastrophen; „Sturmschäden werden das Wachstum ankurbeln“ berichtete ein US-Vertreter bei einer OECD-Sitzung über die damalige Rezession in den USA. Bedeutet dies nicht, daß in letzter Konsequenz Kriege besonders wachstumsfördernd sind? Zunächst können Rüstungsgüter geliefert werden, später wird man sich mit demselben Eifer am Wiederaufbau beteiligen. Das unendliche Leid der betroffenen Menschen, besonders der Frauen und Kinder, ist dabei nicht von Interesse.

ROLLE DES GATT

1948 als Torso der schon damals geplanten Welthandelsorganisation als multilateraler Handelsvertrag in Kraft getreten, will es durch den Abbau von Handelshemmnissen, in erster Linie durch Zollreduktionen, eine weltweite Handelsliberalisierung erreichen. Das Konzept für das GATT, erarbeitet unter US-Dominanz, basiert auf dem westlichen Konkurrenzmodell.

Basierend auf dem Meistbegünstigungsprinzip, mit dem jeder (Zoll)Vorteil, den sich zwei oder mehrere Vertragsparteien untereinander einräumen, auf alle anderen Vertragsparteien auszudehnen ist, konnten in den Sechziger Jahren durch die Kennedy-Runde bedeutende Erfolge erzielt werden. Derart vereinbarte Zollsätze dürfen einseitig national nicht mehr zurückgenommen werden und können nur durch aufwendige Kündigungsverhandlungen abgeändert werden, in denen Kompensationen bei anderen Waren für die beabsichtigten Zollerhöhungen anzubieten sind. Österreich, das seit 1951 Mitglied des GATT ist, dem inzwischen über hundertfünfzehn Vertragsparteien angehören, hat seine letzten Kündigungsverhandlungen auf Druck der Interessenvertretungen (Bundeswirtschaftskammer und Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern) 1986 eingeleitet. Es ging dabei u. a. um Fette und Öle, Schokolade, Marmelade, Erbsen, Bohnen und Videorecorder. Wegen der schwierigen Kompensationsverhandlungen konnte das gesamte Verfahren erst 1992 abgeschlossen werden.

Ein Vorstoß von Umweltschutz- und Entwicklungshilfeorganisationen, im Vorfeld der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio (UNCED 92) die Einfuhren von Tropenholz nach Österreich durch besonders hohe Zollsätze praktisch zu verhindern, scheiterte. Kündigungsverhandlungen, als einzig GATT-konforme Lösung angestrebt, wären zolltechnisch nur für Hölzer auf einer geringen Verarbeitungsstufe in Betracht gekommen, weil Tropenholz expressis verbis lediglich in vier Nummern im Kapitel 44 des Zolltarifs genannt ist. Verarbeitungsprodukte, wie Möbel, sind darin nicht enthalten. Außerdem sind aufgrund der Freihandelsvereinbarung Österreichs mit der EG⁶ und des EFTA-Vertrages⁷ industriell gewerbliche Verarbeitungsprodukte jedenfalls zollfrei zum Import in Österreich zuzulassen, wenn sie die dafür notwendigen Voraussetzungen, sprich Ursprungsregeln, erfüllen. Ein nach Deutschland exportierter unbearbeiteter Stamm eines Tropenholzbaumes, der dort in ein Brett, Furnier, Fensterrahmen oder Möbelstück verarbeitet wird, hat den EG-Ursprung erworben und müßte – trotz im GATT vereinbarter Zollerhöhungen – weiterhin in Österreich zollfrei zum Import zugelassen werden (Artikel XXIV GATT gewährt Ausnahmen von der Meistbegünstigungsverpflichtung für Freihandelszonen und Zollunionen). Obwohl nur ein geringer Anteil der im internationalen Vergleich ebenfalls geringen österreichischen Tropenholzimporte tatsächlich aus Tropenholzländern erfolgt, hätten diese Länder für die vorgesehenen Zollsaterhöhungen mit

Zollsenkungen bei anderen Waren von Exportinteresse, z. B. im Textilsektor, kompensiert werden müssen. Davon hätten aufgrund der Meistbegünstigung alle GATT-Vertragsparteien profitiert und die ohnehin sensible österreichische Textilindustrie, in der überwiegend Frauen beschäftigt sind, wäre einem noch massiveren Druck von Billigimporten aus den Entwicklungsländern ausgesetzt gewesen. Beamte und Sozialpartner konnten die schwierige Suche nach Kompensationsangeboten allerdings bald wieder einstellen, da das Parlament den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten als den in GATT-Angelegenheiten federführenden Ressortleiter von dieser ihm vom Parlament auferlegten Verpflichtung wieder entließ. Was war geschehen? Das Parlament hatte neben dem Auftrag für Kündigungsverhandlungen ein Gesetz zur verpflichtenden Kennzeichnung von Tropenholz und der Vergabe eines Gütesiegels für Tropenholz aus nachhaltiger Nutzung verabschiedet, das dem GATT als „Umweltmaßnahme“ im Rahmen des GATT-Übereinkommens über technische Handelshemmnisse bekanntgegeben wurde. So erfuhr die tropenholzexportierenden ASEAN-Staaten⁸ von dem österreichischen Gesetz. Die Folgewirkung für wirklich wichtige Tropenholzimportländer fürchtend, warf man Österreich vor, einseitige GATT-widrige Handelsmaßnahmen zu ergreifen und Malaysia drohte sogar mit dem Abbruch aller Geschäftsverbindungen.

Arbeitsplätze österreichischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schienen gefährdet, ob durch bereits in Ausführung begriffene oder zu erwartende malayische Großaufträge. Wegen der wirtschaftlichen Unverhältnismäßigkeit konnte und wollte sich Österreich der von den Tropenholzexporteuren sehr aggressiv geführten Diskussion im GATT nicht weiter aussetzen. Österreich hat das Gesetz entschärft und die Kündigungsverhandlungen zurückgenommen, noch ehe die tropenholzexportierenden Länder davon überhaupt Kenntnis erlangten.

Der von den tropenholzexportierenden Ländern angedrohte Untersuchungsausschuß (PANEL) zur Prüfung der GATT-Konformität des österreichischen Tropenholzkennzeichnungsgesetzes wurde nie eingesetzt. Die Auseinandersetzung über die Kompatibilität von Umweltschutz- und Handelsmaßnahmen anhand eines konkreten Beispiels konnte nicht stattfinden.

Bereits 1971 wurde eine Arbeitsgruppe Umwelt und Handel eingesetzt, die allerdings nie zusammentrat und erst durch eine österreichische Initiative zusammen mit den anderen EFTA-Ländern wiederbelebt, ihre erste Sitzung 1991 abhielt. Nur in dem bereits erwähnten Kodex über technische Handelshemmnisse aus dem Jahr 1980 ist „Umwelt“ im GATT erwähnt. Die Entwicklungsländer wittern ÖKO-Protektionismus der Industrieländer. Umweltmaßnahmen könnten ihnen den ohnehin nicht leichten Zugang zu den Märkten der Industrieländer für ihre Waren noch erschweren! So unterliegt der Textilhandel nicht dem GATT-Regime, sondern wird durch das MFA⁹ gere-

gelt, in dem bilateral Exportquoten zwischen dem exportierenden Entwicklungsland und dem importierenden Industrieland festgelegt werden. Der Agrarhandel läuft weltweit außerhalb des GATT. Nur unverarbeitete Rohstoffe, an denen besonderes Interesse besteht, wie Kaffee, genießen Zollfreiheit. Die sinkenden Rohstoffpreise, oft einzige Einnahmequelle vieler afrikanischer Entwicklungsländer, sollten durch Rohstoffabkommen mit preisstabilisierenden Maßnahmen abgefangen werden. Dies hat allerdings nicht geklappt. Kaffee ist nicht zuletzt deshalb so billig, weil sich die Produzentenländer im Rahmen des Kaffee-Abkommens nicht mehr auf die Zuteilung von Exportquoten einigen konnten.

Im Rahmen des durch die UNCTAD eingeführten GSP (Generalized System on Preferences)¹⁰ gewähren die sogenannten Geberländer den Entwicklungsländern einseitig nationale Zollbegünstigungen für ihre Waren. Die Entwicklungsländer müssen dabei mit den verschiedensten Präferenzsystemen zurecht kommen. Die Systeme unterscheiden sich im begünstigten Warenkreis, im Länderumfang und bei den sonstigen Voraussetzungen. Dazu gehören die Ursprungsregeln, die im APS¹¹ der EG besonders kompliziert sind, weil die EG die Länder der ehemaligen Kolonien ihrer Mitgliedsstaaten (AKP-Länder¹²) über das APS hinaus begünstigt. Durch den am 1. Jänner 1993 in Kraft getretenen Binnenmarkt mußte sich auch Deutschland an das EG-Bananenregime anschließen, das Bananenimporte aus den AKP-Ländern gegenüber den sogenannten Dollarbananen aus Mittel- und Südamerika bevorzugt.

Die Ursprungsregeln im österreichischen Präferenzollgesetz sind mit denen des APS der EG weitgehend harmonisiert. Allerdings kennt das österreichische PZG¹³ keine Quoten. Waren des industriell-gewerblichen Sektors genießen grundsätzlich eine 50%ige Zollreduktion (Textilien nur 25%, tropische Produkte 75% Reduktion) vom meistbegünstigten Zollsatz. Für die am wenigsten entwickelten Länder ist die Zollfreiheit dafür vorgesehen (bei Textilien 50% Reduktion). Am wenigsten entwickelte Länder exportieren aber hauptsächlich Agrarwaren, die in den verschiedenen Ländersystemen nur geringen Marktzutritt genießen. Im österreichischen PZG gibt es dafür eine eigene Liste.

Im Beitrittsfall Österreichs zur EG muß Österreich das gesamte Außenhandels- und Zollregime der EG übernehmen, darunter auch die Präferenzvereinbarungen für Entwicklungsländer.

Die OECD-Staaten geben pro Jahr fünfzig Milliarden Dollar an Entwicklungsgeldern in die Dritte Welt aus. Gleichzeitig kassieren sie von diesen durch die Zölle fünfhundert Milliarden Dollar. Laut World Development Report 1992 der Weltbank wäre den Entwicklungsländern durch den Zollabbau wesentlich mehr geholfen.

80% des Weltenergieverbrauches entfällt auf 20% der Weltbevölkerung.

Laut GATT-Statistiken waren die folgenden Staaten 1992 im Welthandel führend:

LAND	Export %	Import %
EG	20,0	21,5
USA	15,8	18,7
Japan	12,0	7,9
Kanada	4,7	4,4
Hongkong	Re-Exporte	
	3,2	1,1
China	3,0	2,7
Österreich	1,6	1,8

Die Tabelle weist nur fünfzig Länder für 96,4% der Weltgesamtexporte und für 95,1% der Weltgesamtimporte aus.

Die Entwicklungsländer müssen hier also kräftig aufholen. Verständlich, daß sie Einschränkungen durch Umweltmaßnahmen fürchten. Die OECD arbeitet an Richtlinien zum Verhältnis von Handel und Umwelt. Die UNCED 92 setzt sich im Kapitel 2 der Agenda 21 mit Handelsmaßnahmen auseinander. Dieses Kapitel wurde zum Teil wörtlich aus der bereits bei der UNCTAD VIII im Februar 1992 in Cartagena beschlossenen Erklärung abgeschrieben. Die UNCTAD VIII genoß allerdings nicht den Medienrummel der UNCED 92 von Rio.

Die laufende Uruguay-Runde des GATT sollte durch eine weitere Auseinandersetzung mit Umweltmaßnahmen nicht gefährdet werden. Die Beilegung des Streites um den Abbau landwirtschaftlicher Subventionen zwischen der EG und der USA lähmte den bereits für 1990 vorgesehenen Abschluß eines ehrgeizigen Verhandlungspaketes, das neben der Einbindung der Landwirtschaft in das GATT durch Abbau der landwirtschaftlichen Subventionen, Umwandlung aller Abgaben in Zölle und Zusagen für den Marktzutritt landwirtschaftlicher Produkte, weitreichende Zollsenkungen, Verbesserung bestehender GATT-Bestimmungen und die Einbindung bisher nicht vom GATT erfaßter Gebiete, wie handelsbezogene geistige Eigentumsrechte und handelsbezogene Investitionsmaßnahmen vorsieht. Unter einer nun zu errichtenden Welthandelsorganisation soll auch der Handel mit Dienstleistungen (GATS) geregelt werden. Das GATT, bisher nur ein Warenhandelsabkommen, wird durch das GATS ergänzt, mit dem multilaterale Regeln für den heute viel wichtigeren Dienstleistungsbereich nach GATT-Vorbild (Meistbegünstigung, Transparenz, Verpflichtungslisten u. a.) aufgestellt werden.

Bei einem erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde soll sich nach Berechnungen einschlägiger Organisationen das Welthandelsvolumen um 745 Milliarden Dollar bis zum Jahr 2005 erhöhen. Wieviel davon allerdings auf die Entwicklungsländer, insbesondere die ärmsten unter ihnen, entfallen wird, ist ungewiß.

WIE SIND FRAUEN DAVON BETROFFEN?

Frauen leisten 65% der weltweiten Arbeit und bekommen dafür 10% der weltweiten Einkommen.

Das GATT kennt keine Sozialklausel. Unter welchen Umwelt- oder Sozialbedingungen produziert wird,

spielt keine Rolle. Bekannt sind die kolumbianischen Nelkenarbeiterinnen; aber auch die südkoreanischen Textilarbeiterinnen, die zwölf Stunden am Tag ohne soziale Absicherung arbeiten. Teppiche, geknüpft von Kinderhand, wo Kinderarbeit in Industrieländern doch verboten ist, sind gern gekaufte Erzeugnisse aus dem Iran und anderen Staaten. Oft müssen jene Betriebe im Zuge von Handelsliberalisierungen nach Freihandelsvereinbarungen schließen, in denen überwiegend Frauen am Fließband beschäftigt sind, z. B. in der Nahrungsmittel- oder Textilindustrie. Die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA)¹⁴ zwischen der USA, Kanada und Mexiko hat daher auch in den betroffenen Regionen der USA, die eine Auslagerung der Produktionstätigkeit in das Billiglohnland Mexiko fürchten, zu kritischen Diskussionen geführt.

Die Verantwortung für das Bevölkerungswachstum wird alleine den Frauen zugeschoben. Die Weltbank berichtet über Projekte, die es „den Frauen ermöglichen sollen, ihr Fortpflanzungsverhalten selbst zu regeln“. Haben Männer daran keinen Anteil?

Vandana Shiva, Trägerin des alternativen Nobelpreises, nennt das auf Gewinn und Profit ausgerichtete Streben den männlichen Reduktionismus, der Artenvielfalt und Kulturen zerstört.

Für Ingeborg Wick sind die Frauen in aller Welt, der Süden und die Umwelt die HauptverliererInnen der heutigen Weltwirtschaft. Anstelle von Konkurrenz und Machtansprüchen gelten für sie als Garanten der Überlebenssicherheit wechselseitige Hilfe, Verantwortung und Solidarität.

Aruna Gnadason stellte fest: „Wir Frauen wollen keinen größeren Anteil am gesellschaftlichen Kuchen, sondern einen anderen Kuchen.“

Mascha Madörin sieht in der Verschuldung der Dritten Welt eine Erpressungspolitik der herrschenden Ökonomie, die frauenverachtend ist. Wenn die Frauen darin vorkommen, dann nicht als wirtschaftlich Tätige, sondern als soziale Dimension. Sie stellt fest, daß Frauenbewegungen keine Erfahrung mit der Makroökonomie haben. Dies ist eine schwierige Frage für frauenbewegte Frauen im Staatsapparat, in der Öffentlichkeit und in der Politik. Sobald Frauen als Frauen Wirtschaftspolitik zu einem öffentlichen Thema machen, wirbelt es viel Staub auf.

Hedwig Rudolph meint, daß der weibliche Blick auf die Wirtschaft mit Widerstand, Aggression, Totschweigen, Ausgrenzung oder Lächerlichmachen rechnen muß.

Aspekte dieser „Feministischen Ökonomie“ müßten tatsächlich auch dort hineingetragen werden, wo über Handels- und Wirtschaftspolitik national und international diskutiert und entschieden wird. Durch die alleinige Diskussion in Frauengruppen oder bei Frauentagungen und Frauenkonferenzen kann die Ausgrenzung in ein „soziales“ oder „Minderheiten“-Problem (Frauen stellen mindestens die Hälfte der Weltbevölkerung!) nicht überwunden werden. Verbindungen sind erforderlich. Die Weltbank hat bereits eine Umweltverträglichkeitsprüfung ihrer Projekte eingeführt, warum könnte es nicht auch eine „Frauenvträglichkeitsprüfung“ geben?

Im GATT sind Frauen, über deren Beschäftigung im Sekretariat hinaus, noch kein Thema. Die Umwelt wird langsam thematisiert, die nächste Runde multilateraler Verhandlungen soll bereits die „Grüne Runde“ sein. Vielleicht kann es den Frauen auch gelingen, mehr Bewußtsein für sich zu wecken.

Die Arbeitsgruppe des OECD-Handelskomitees hält in einem Sitzungsprotokoll jedenfalls schon fest, daß soziale und Handels-Aspekte nicht zu trennen sind. Und das ist ein ermutigender Anfang!

LITERATUR:

- August, Ursula / Reihls, Sigrid (Hg.): Geld und Leben – Überlegungen zu einer feministischen Ökonomie, Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bochum 1993
 GATT-Bericht 1993: Statistiken 1992
 Kohn, Alfie: Mit vereinten Kräften: Warum Kooperation der Konkurrenz überlegen ist. Beltz Verlag, Weinheim 1988
 Madörin, Mascha: Zur neuen Welt(un)ordnungspolitik – Fünf Thesen aus feministischer Sicht. In: Frauensolidarität 41
 Shiva, Vandana: Das Geschlecht des Lebens, Rotbuch Verlag, Berlin 1989

ANMERKUNGEN:

- 1 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Paris, gegründet 1960, Nachfolgerin der Organisation OEEC, welche den US-Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg organisierte. 24 Mitglieder, darunter auch USA, Deutschland und Österreich.
- 2 General Agreement on Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, in Kraft seit 1948, Sitz Genf, insgesamt 140 Anwenderstaaten.
- 3 Internationaler Währungsfonds, gegründet 1945, Sitz Washington, gewährt Darlehen an Mitgliedsstaaten, insbesondere bei vorübergehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten
- 4 gegründet 1944, Sitz Washington
- 5 Welthandels- und Entwicklungskonferenz, gegründet 1964, Sitz Genf
- 6 Ab 1. Jänner 1973
- 7 Zollfreiheit für Industrieerzeugnisse seit 1967; Europäische Freihandelsassoziation in Kraft seit 3. Mai 1960. Österreich ist Gründungsmitglied
- 8 Verband südostasiatischer Staaten, dem Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Brunei Darussalam angehören
- 9 Multifaserabkommen
- 10 1968 in Nairobi beschlossen, gilt es als einer der wichtigsten Erfolge der UNCTAD
- 11 Allgemeines Präferenzsystem (Begünstigungsregime der EG im Rahmen des GSP)
- 12 Abkommen mit 69 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik – Lomé-IV-Abkommen in Kraft seit März 1990: freier Zugang für 97% der AKP-Erzeugnisse zum EG-Markt
- 13 Präferenzzollgesetz (österreichisches Begünstigungsregime im Rahmen des GSP)
- 14 Freihandelszone für 20 000 gewerbliche Güter, Dienstleistungen und für den Kapitalverkehr nach spätestens 15 Jahren durch Wirtschaftsabkommen; stufenweiser Abbau der Zolltarife

URSULA ACHTSNIT

TRADE, NOT AID¹

„Kolonie“, abgeleitet vom lateinischen „Feldbauer“, bedeutet den Ausbreitungsfeldzug eines Volkes in fremden Gebieten, wobei dieses charakteristischerweise, selbst wenn es sich vom Mutterland löst, sein Volkstum bewahrt.²

Die kolonialistische Logik zielt darauf ab, den traditionellen Gesellschaften ihre Strukturen zu rauben und ihr Ich auszulöschen. Durch die Kolonisation sei die Zivilisation in einigen Ländern zwar nicht zerstört, aber doch stark beeinträchtigt worden. In diesem Sinne sage auch Sartre von ihr:

„Es ist der Befehl ergangen, die Bewohner des annektierten Territoriums auf die Stufe eines höheren Affen hinabzudrücken und dem Kolonialherren die Rechtfertigung dafür zu geben, daß er sie wie Arbeitstiere behandelt. Die koloniale Gewalt hat nicht nur den Zweck, diesen unterdrückten Menschen Respekt einzujagen, sie versucht, sie zu entmenslichen. An nichts wird gespart, um ihre Traditionen zu vernichten, um ihre Sprachen durch unsere zu ersetzen, um ihre Kultur zu zerstören, ohne ihnen die unsere zu geben; sie werden durch Erschöpfung abgestumpft.“³

Ist die neue Weltwirtschaftsordnung die geschminkte Nachfolgerin des Kolonialismus? Wurden Klassenkampf und krasseste Umweltzerstörungen der Industriestaaten in die Dritte Welt ausgelagert?

Fettleibigkeit und Bewegungsarmut in den Industriestaaten, gefolgt von medizinisch oder kosmetisch begründeten Abmagerungskuren, stehen dem (teilweise gezielt geplanten Hunger) Tod Tausender in unterentwickelten Teilen der Welt gegenüber. Allgemeine Pflegevorsorge, Organtransplantationen und „Frühlinge“ im Norden, Massenelend, Organmafia⁴, Umweltkatastrophen und Prostitutionsländer im Süden. Wohlstandsbürger spenden für „Nachbar in Not“, um sich über die Tragödie Jugoslawiens zu beruhigen. Nach einer 1992 veröffentlichten Studie liegen aber die Schauplätze von hundertdreißig bis hundertsechzig der hundertdreißig bis hundertsechzig Kriege, einer traditionell der „männlichen Sphäre“ zugeordneten Aktionsform, seit dem Zweiten Weltkrieg in der Dritten Welt, fünfzig davon in Nord- und Schwarzafrika (hundertfünfzig reine Dritte-Welt-Kriege, davon dreiundfünfzig Bürger-, siebenunddreißig Autonomie-, vierunddreißig Grenzkriege oder Interventionen in anderen Dritte-Welt-Staaten). Die Industrieländer beteiligen sich offen oder mit Hilfe anderer Dritte-Welt-Staaten an diesen Kriegen, wobei Großbritannien mit sechzehn, die USA und Frankreich mit je dreizehn Kriegen die Rangliste anführen.⁵

Weitgehend unbekannt oder zumindest thematisch verdrängt von der „Bevölkerungsexplosion“ sind

auch die ungünstigen Ausgangsbedingungen am Weltmarkt – das Volkseinkommen der hundertzwanzig Millionen Japaner ist im Begriff, das Einkommen der 3,8 Milliarden Bewohner der Entwicklungsländer zu überflügeln, die meisten Industrieländer kürzten ihre Entwicklungshilfe, Schuldendienstrückzahlung von Krediten und gesunkene Auslandsinvestitionen kehrten die Kapitalbewegungen in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre um, sodaß der Geldfluß von den armen in die reichen Länder erfolgt.⁶

Während wir die Sinnhaftigkeit der Trennung von Plastik- und Aluminiumverpackungen unter Ausklammerung der Frage der Herkunft und Produktionsart der Rohstoffe diskutieren, vergiftet die grüne Revolution jährlich rund vierhunderttausend Menschen aus der Dritten Welt durch Chemikalien, wovon etwa zehntausend pro Jahr sterben.⁷ Die „grüne Revolution“ sei nach Meinung zahlreicher Experten, was die sozialen Kosten betreffe, gescheitert, abgesehen von ökologischen Schäden hungerten heute mehr Menschen oder leiden an Mangel und Unterernährung als je zuvor. Kann eine nachhaltige Entwicklung der Chemieindustrie der reichen Länder konstatiert werden? José Lutzenberger⁸ geht von hunderten Millionen Menschen aus, die durch die grüne Revolution enturzelt wurden. Ein Großteil aller Entscheidungen der Regierenden sei nur aus Sicht bestimmter technokratischer Mächte wirtschaftlich, aber nicht aus der Sicht der Volkswirtschaft oder gar der Ökologie.

Diese Feststellung wird von manchen Fachleuten auch auf die Nahrungsmittelhilfe ausgedehnt: Während die Lieferungen aus den überquellenden Lagerhäusern Nordamerikas und der EG immer größer wurden, sagte Ende 1984 eine europaweite Kampagne *Für das Recht der Völker, sich selbst zu ernähren* der Überschußverwertung unter dem Deckmantel von Entwicklungshilfe den Kampf an, da diese zwar kurzfristig Hungersnöte lindern könne, aber die Eigenanstrengungen zur langfristigen Selbstversorgung unterlaufe. Sie verändere die Ernährungsgewohnheiten der Menschen, gewöhne sie an importierte Lebensmittel, entwerte bodenständige Produkte, zerstöre einheimische Märkte, entmutige die ansässigen Bauern, die mit geschenkten oder unterpreislich verkauften Hilfsgütern nicht konkurrieren können und verführe die Empfängerländer dazu, sich mehr um den Nachweis der Bedürftigkeit und einen möglichst hohen Platz auf der „Hungerliste“ als um die Überwindung des Mangels und um die Vorsorge vor künftigen Hungersnöten zu bemühen⁹. Bekannt ist, daß das Umwandlungsverhältnis bei Rindfleisch bezogen auf Kalorien 10 : 1, bei Milch 5 : 1, bei Schweinefleisch 3 : 1 und bei Hühnerfleisch gar 12 : 1 beträgt, sodaß

bei Verfütterung von Getreide an Rinder neun von zehn Kalorien verlorengehen. Weltweit wird etwa die Hälfte der Getreideernte verfüttert¹⁰, auf der Sojaanbaufläche Brasiliens könnte mit (traditionell angebauten) Schwarzbohnen der Eiweißbedarf von fünfunddreißig Millionen Einwohnern gedeckt werden, durch Maisanbau der Kalorienbedarf von neunundfünfzig Millionen.¹¹ In Amazonien könne man sehen, wie Hühner mit Milchpulver aus dem gemeinsamen Markt gemästet werden.¹²

Hingegen sind in den entwickelten Staaten Bananen mitunter billiger als einheimische Früchte, das exportierende Land bekommt gerade 10% des hiesigen Verkaufspreises für seine Bananen, was bedeutet, daß, wenn Bananen hier nur um 10% teurer würden, das Entwicklungsland den doppelten Anteil bekäme.¹³ Gleichzeitig geht Jahrhunderte altes, mit unserer Kultur unvergleichbares Wissen verloren: In der Sierra Leone sind neunundfünfzig verschiedene Reisarten bekannt, je nach Boden- und Klimaverhältnissen wurden zwischen vier und acht Reissorten angepflanzt, wodurch der Boden vor Erosion bewahrt wird. In mehreren Ebenen eines komplexen Anbausystems werden Obstbäume zwischen Kokos- und Ölpalmen, dazwischen Jamsstauden und Manioksträucher, in den Lichtungen Mais und Gemüse gesetzt¹⁴. Traditioneller Weise verdienen Frauen mit ihrer Zuständigkeit für Regeneration, Fruchtbarkeit, Essen, Pflege, Felder und Gärten auf diese Weise ihren Lebensunterhalt, erfahren hier ihre Kompetenz und eine gewisse Selbständigkeit. In manchen nicht vollentwickelten Ländern sind ausschließlich sie für Landwirtschaft, Versorgung der Familie und Herbeischaffen von Brennholz zum Kochen verantwortlich.

Diesem Umstand wurde unter anderem durch die Gründung eines UN Development Fund for Women (UNIFEM) Rechnung getragen. Dieser widmet auch der besonderen Situation von Frauen der Dritten Welt mit ihren erschreckenden Schicksalen wie Tötung bei oder Verheiratung oder Verlobung gleich nach der Geburt, Klitorisbeschneidung oder Infibulation (oft durch alte Frauen durchgeführt und mit schweren gesundheitlichen Problemen als Folge)¹⁵, Folter im Genitalbereich oder systematische Vergewaltigung, staatlich geduldete oder gar geförderte Polygamie, Menschenhandel, Witwenverbrennung oder „nur“ elendeste Lebensbedingungen, seine Aufmerksamkeit. Die Stärkung der Position der Frau ist auch deshalb unerlässlich, weil mehr als 90% des Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern stattfinden. Sollte sich die Weltbevölkerung im nächsten Jahrhundert verdoppeln, werden weitere 4,5 Milliarden Menschen ausgerechnet in jenen Ländern leben, in denen es jetzt schon schwer fällt, für Arbeitsplätze, Nahrungsmittel, Unterkunft, Erziehung und Gesundheit zu sorgen.¹⁶

UNIFEM trachtet, durch fund-raising aufgebrachte Mittel in „grassroots projects“ zu lenken. Solche Projekte sind etwa Kollektive in Slumgebieten, die unbeschäftigte Frauen in Konstruktionsfertigkeiten sowie

zum Malen und Anstreichen ausbilden, die später selbst als Ausbilderinnen fungieren und Organisationsarbeit, Finanzen und Training der Teilnehmerinnen eigenständig und demokratisch wahrnehmen und unterprivilegierten arbeitslosen Frauen Hoffnung signalisieren, nicht zuletzt, weil sichtbar wird, was sie selbst bewirken können.

Ebenso zu erwähnen sind „housing initiatives“ oder städtische Armeninitiativen, die die SlumbewohnerInnen hinsichtlich der sie besonders betreffenden Umstände zu Entscheidungsträgern machen und sie in die Lage versetzen sollen, ihre Umgebung unter anderem durch Basisnetzwerke für Dienstleistungen zu organisieren, Gemeinschaftseinrichtungen zu benützen und als Lobbies für Reformen in der Politik des Landes aufzutreten. Träger dieser NGO-Projekte sind häufig Frauen, die mit den Projekten langfristig auch die Implementierung nachhaltiger Entwicklung durch Regierungsgesetzte erwirken wollen beziehungsweise kontinuierliche Dotierung ihrer Initiativen, da gerade Frauenprojekte meist nicht aus eigenem Überleben können. Mit Hilfe einer Dachorganisation mehrerer solcher Projekte werden mitunter Studien zu wichtigen urbanen Themen, die Evaluierung bestehender Kredit- und Finanzmodalitäten und Vertiefung des Kontakts mit anderen NGOs durch Abklärung mit deren Programm vorgenommen.

Proponentinnen dieser lokalen NGO-Initiativen betonen, daß westliche Entwicklungspolitik die Unterstützung kommunaler Gemeinschaften sicherstellen sollte, sodaß der experimentelle Ideen- und Technologieaustausch dem Großteil der ansässigen Bevölkerung nützt, diese sowohl politisch als auch finanziell unterstützt und ihren Einfluß auf die staatliche Politik steigert. Dadurch würden diese Menschen befähigt, ihre Probleme zu artikulieren und eine „Mainstream“-Politik der Regierung in ihrer Sache zu erreichen. Außerdem könnte durch partizipative Ansätze auf kommunaler Ebene unabhängig von Geschlecht, ökonomischer Basis, Religion und Erziehung die Förderung demokratischer Strukturen erfolgen. Die Politik sollte Handwerker und technisch geschulte Personen ermutigen, mit lokaler Technologie und Machbarkeit zu harmonisieren. Konzepte westlicher Entwicklungspolitik müßten unter steter Einbindung der erwähnten nichtstaatlichen Organisationen international beobachtet und koordiniert werden und auch deshalb in einem Kontext zu regionalen Entwicklungsplänen und Basisgruppen stehen, weil nur dadurch die exorbitanten Probleme der urbanen Migration gelöst werden können.

Aufgrund der Ergebnisse der UNCED-Konferenz von Rio erfolgte auch eine Erklärung der Bundesregierung (Österreichische Nationalinitiative)¹⁷, die prinzipiell Hoffnung gibt: Erhaltung des indigenen Lebensraumes, Unterstützung bei nachhaltiger Wald- und Forstwirtschaft, Förderung lokaler NGOs, autonome Basisgesundheitszentren zur Kontrolle übertragbarer Krankheiten wie AIDS, Malaria, Mern, frauenbezogene Analysen bei Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, spezifische Frauenprogramme (Kran-

kenschwesternschulen, landwirtschaftliche und handwerkliche Berufsausbildung usw.), Berücksichtigung ökologisch angepaßter Technologien sind positive Stichworte.

Die Außenhandelsstatistik, in der alle heimischen Ex- und Importe aufgelistet werden, zeigt aber, daß aus dem „Schwerpunktland“ Nicaragua 1993 um rund 39 Mio. S Nahrungsmittel eingeführt wurden (davon um 30 Mio. S Kaffee und Gewürze), im Jahr 1992 waren es 57 Mio. S, davon 32,6 Kaffee. Hingegen wurden von Österreich 1992 Maschinen um 5,9 Mio. S, 1993 um 8,4 Mio. S ausgeführt. Insgesamt wurden Produkte um 44,1 Mio. S (gegenüber 1992 62,8 Mio. S) aus Nicaragua eingeführt und Waren um 16,4 Mio. S (gegenüber 1992 25,6 Mio. S) ausgeführt. Aus dem Schwerpunktland Bhutan hingegen wurden 1993 um 137.000 S Riech- und Pflegemittel importiert (1992: 138.000 S), während österreichische Waren im Ausmaß von 8,6 Mio. S (gegenüber 4,5 Mio S 1992) geliefert wurden, 5,6 Mio. S davon nicht näher bezeichnete „Metallwaren“.

Da erfreulicherweise bereits die bilateralen Konzepte der Entwicklungszusammenarbeit einiger Länder umgeschrieben wurden, muß ein verstärktes Augenmerk auf multilateral tätige Institutionen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank) gelegt werden. Nach einem Bericht der Financial Time (11. 4. 1994) besteht eine, wenn auch zarte Hoffnung auf ein Umdenken seitens der Weltbank, die Staudammprojekte neuerdings wenigstens an ein durchdachtes Umsiedlungsprogramm binden möchte. Neben einer vorrangig notwendigen Revision ihres wirtschaftspolitischen Handelns müßte die Weltbank auch zu einer anderen Sichtweise bei kulturellen Eigenheiten der Völker kommen: Afrikanische Slumsiedlungen etwa halten in großen Teilen Afrikas die Armen dadurch am Leben, daß sie sie zu Teilen eines Netzes machen, das aus vielfältigen kleinen Austauschbeziehungen mit anderen Sektoren besteht. Nach Meinung von Afrikaexperten könnten – etwa von der Weltbank – als „korrupt“ beurteilte Verhaltensweisen daher nur auf der individuellen Ebene als solche bezeichnet werden, da in den meisten afrikanischen Gesellschaften die Eigenschaft der Großzügigkeit gegenüber Nachbarn, Verwandten oder Freunden erfordere, daß man ständig gebe und helfe.¹⁸

Die Unsinnigkeit der Anwendung westlicher Großtechnologien vor allem durch die Weltbank kann durch folgendes Beispiel illustriert werden:

„In Mexiko (City), der am ärgsten verschmutzten und einzigen Stadt der Welt, wo man Amöben und Salmonellen einatmen kann, verrichten 5 Millionen Menschen ihre Notdurft im Freien. Viele hofften, daß das Kanalsystem auch ihre Häuser erreichen werde, was nie geschah und nicht geschehen wird. Die Behörden und die Entwicklungsexperten setzten sich nie mit Alternativen zur Klospülung auseinander, an die sie mit fast religiöser Hingabe glauben, aber sie verfügten auch nicht über genügend Geld, um ein Abwassersystem für alle einzurichten. Auch wenn das Geld gereicht hätte, gäbe es nicht genug Wasser.“¹⁹

WÜNSCHE UND VISIONEN:

1. Evolutionäres Einwirken auf multinationale Konzerne, Weltbank und bedeutende Geberländer auf diplomatischem Weg sowie durch verstärkte Bewußtseinsbildung bei Entscheidungsträgern der Wirtschaft (etwa bei Managementtrainings) und Konsumenten.
2. Langfristiges Umdenken bei den Rahmenbedingungen des Welthandels sowie der Schuldenfrage.
3. Bürgernahe „Internationale Solidarität“ (Stichwort: Schweizer „Bananenfrauen“), auch in Form der Intensivierung der Städte- und Schulpartnerschaften. Durch Vernetzung diverser Bildungs- und Kultureinrichtungen wäre eine verstärkte Einbindung der Öffentlichkeit zu erreichen.
4. Abwicklung größerer Projekte nur bei Einbindung lokaler NGOs.

ANMERKUNGEN:

- 1 Ronald Reagan vor dem Wirtschaftsgipfel in Cancun, 1981, zitiert nach: Siebert, Horst: Die vergeudete Umwelt. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1990, S. 185
- 2 Brockhaus-Enzyklopädie zum Stichwort „Kolonialismus“
- 3 Thiam, Awa: Die Stimme der schwarzen Frau. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 117
- 4 „Der Standard“, 18. 2. 1994, Album, S. 2
- 5 Ferdowski, Mir A.: Von Europa lernen? Die KSZE als Modell für regionale Sicherheits- und Friedensordnungen in der 3. Welt. In: Matthies, Volker (Hg.): Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1992, S. 59
- 6 Schmidheiny, Stephan: Kurswechsel; globale unternehmerische Perspektiven für Entwicklung und Umwelt. Artemis Verlag, München 1992, S. 59
- 7 Siebert, a. a. O., S. 63
- 8 Lutzenberger, José: Vortrag im Renner-Institut am 6. 10. 1993, schriftliches Manuskript
- 9 Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1987, S. 187
- 10 Grieshammer, Rainer / Burg, Claudia: Wen macht die Banane krumm? Kolonialwarengeschichten. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 107f.
- 11 Grieshammer / Burg, a. a. O., S. 109
- 12 Lutzenberger, a. a. O.
- 13 Grieshammer / Burg, a. a. O., S. 59
- 14 Siebert, a. a. O., S. 57 und S. 56: Selbst wenn engagierte Entwicklungshilfeprojekte nunmehr dieses Wissen einbinden, muß es in der Entwicklungszusammenarbeit eine verstärkte internationale Koordination geben, denn es sind Fälle bekannt, in denen an der Grenze eines afrikanischen Landes ein ehrgeiziges Wiederaufforstungsprojekt eines Geberlandes erfolgt, das aber dadurch zum Scheitern verurteilt ist, daß im Nachbarland eine große ausländische Holzimportfirma massiven Raubbau am Wald verübt, wodurch verheerende klimatische Effekte auf die Umlandregion eintreten.
- 15 Thiam, a. a. O., S. 72 und S. 65: Wenn die Hirten in Mali in Perioden der Trockenheit gezwungen waren in andere Gebiete zu ziehen, um ihre Familien zu ernähren,

ließen sie ihre Frauen teilweise wieder schließen – man operierte diesen Frauen eine neue Infibulation an, die erst bei der Rückkehr des Mannes wieder geöffnet wurde, was sie vor jeder Versuchung zur Untreue oder männlicher Aggression während der Abwesenheit des Mannes schützen sollte.

- 16 Schmidheiny, a. a. O., S. 28
- 17 Österreichische Nationalinitiative – Nachhaltige Waldwirtschaft in Entwicklungsländern. In: Entwicklungspolitische Informationen des Bundeskanzleramtes, Wien 1993
- 18 Simone, Abdou Maliqalim: Arm, lebendig, subversiv. In: Der Überblick. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, S. 69f.: Alles was irgendwie aufzutreiben sei, wird in Umlauf gebracht. Ein Mann gibt einer Frau ein paar Banknoten und bekommt dafür eine Flasche mit Batteriesäure gepanschten Gins.

Die Frau gebe das Geld ihrem Mann, der dafür mit der Tochter des Kunden ins Bett gehe. Diese händige das Geld ihrem Vater aus, der wiederum bei der Frau mehr Alkohol dafür kaufe. Unterbrochen wird der Kreislauf nur durch einen Sohn, der aus Polizeikombis Benzin abzapft, um seiner Mutter Tee und Zucker zu besorgen, die sie wiederum an Wanderpriester weiterverkauft, welche ihrerseits versuchen, den Sohn zu ihrem Glauben zu bekehren ... Massive Korruption habe afrikanischen Gesellschaften zweifellos großen Schaden zugefügt, andererseits sei es wahrscheinlich, daß es um das allgemeine Wohl der meisten Afrikaner wesentlich schlechter bestellt wäre, wenn die Wirtschaft der jeweiligen Orte die westlichen Spielregeln einhielte.

- 19 Esteva, Gustavo: Fiesta – Jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik. Brandes und Apsel / Südwindverlag, Frankfurt 1992, S. 150

DIE AUTORINNEN:

DR. URSULA ACHTSNIT: geb. 1956. Juristin, Abteilungsleiterin im Bundeskanzleramt/Frauenministerium, Koordinatorin des Arbeitskreises „Die 3. Welt der Frauen“ im IWK (Wintersemester 1993/94, Sommersemester 1994). Der Artikel stellt die persönliche Meinung der Autorin dar.

DR. ELFRIEDE FRITZ: geb. 1954. Juristin im Bundesministerium für Finanzen, Zollexpertin. Der Artikel stellt die persönliche Meinung der Autorin dar.

DR. DOROTHEA GAUDART: geb. 1927. Honorar-Professorin für empirische Sozialforschung und Berufssoziologie am SOWI-Institut für Soziologie der Universität Wien, Mitglied von Beratungsgremien, wie Kommission für Entwicklungsfragen bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Vorstandsmitglied des Europäischen Universitätszentrums für Friedensstudien (EPU) in Stadtschlaining und der Österreichischen UNESCO Kommission

(ÖÜK) sowie Vorsitzende des ÖÜK Fachausschusses „Status der Frau, Gleichstellung und Entwicklung“.

MAG. ANDREA HUSNIK: geb. 1955. Biologin, seit sechs Jahren als Umweltberaterin in Wien tätig (Information: Umweltberatung Floridsdorf, Telefon 30 41 24). Der Artikel stellt die persönliche Meinung der Autorin dar.

DR. HILDE LANGTHALER: geb. 1939. Ärztin, derzeit publizistisch und als Universitätslektorin tätig, praktizierte drei Jahre als Ärztin in Schwarzafrika.

MAG. ULRIKE LUNACEK: geb. 1957. Dipl.-Dolm. (Englisch/Spanisch), seit 1984 Mitarbeiterin beim Verein „Frauensolidarität“, 1989–1992 Redakteurin des „Südwind“-Magazins des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik, seit August 1993 Presse- und Medienreferentin des ÖIE, zahlreiche Auslandsaufenthalte, vor allem in Lateinamerika.

INSTITUT FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

DOKUMENTATIONS- UND FORSCHUNGSSTELLEN BIBLIOTHEKEN

DOKUMENTATIONS- UND FORSCHUNGSSTELLE FRAUENFORSCHUNG:

Forschungs-, Service- und Beratungsstelle. *Literaturdatenbank* (ca. 10.000 Eintragungen): Hochschulschriften (Habilitationen, Dissertationen, Diplomarbeiten, Hausarbeiten, Forschungsarbeiten) zum Thema Frau seit 1875, frauenspezifische Bücher, Broschüren und Zeitschriften. *Bibliothek*: Schwerpunkte u.a. Faschismus / Widerstand, Frauenbewegung, Frauen und Erwerbstätigkeit, Ehe und Familie, Schule / Ausbildung / Bildung, Hochschule / Wissenschaft, Gewalt gegen Frauen, Politik, Literatur, Philosophie, Kunst und Kultur, Biographien und "Biographisches Lexikon der österreichischen Frau"; in- und ausländische Zeitschriften, u.a.: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Emma, Feministische Studien, Frauensolidarität, L'Homme, metis, Unterschiede.

1090 Wien, Berggasse 17/1
Telefon / Fax: (1) 34 43 42
Mo. - Fr., 9.00 - 16.00 Uhr

DOKUMENTATIONS- UND FORSCHUNGSSTELLE ÖSTERREICHISCHE WISSENSCHAFTSEMIGRATION:

Erste quantitative Bestandsaufnahme der verlust- und folgenreichen Vertreibung österreichischer Intellektueller in der Epoche des Faschismus. *Datenbank*: über 2.000 Biographien österreichischer WissenschaftlerInnen, benutzerfreundliches Abfrageprogramm mit zwanzig kombinierbaren Auswertungsmerkmalen, EDV-Spezialbibliographie mit ca. 5.000 Literaturangaben. *Handbibliothek* mit ca. 2.000 Titeln zur österreichischen Wissenschaftsemigration.

1070 Wien, Museumstraße 5/II
Telefon: (1) 526 83 08

ARBEITSSTELLE FÜR BILD PÄDAGOGIK UND VISUELLE KOMMUNIKATION:

Benutzerfreundliches PC-Programm zur Visualisierung von Zahlenstatistiken in eine symbolhafte Bildsprache, Symbolbibliotheksprogramm zur Erzeugung von mengenstatistischen Piktogrammen. *Anwendungsmöglichkeiten*: Visualisierung von statistischen Berichten im Bereich Forschung und Bildung, Einsatz im computergestützten Unterricht an der Universität, in der Schule und Erwachsenenbildung, Darstellung sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsergebnisse, Visualisierung bei der Erstellung von Studententexten, Lehrbüchern und Selbststudienmaterialien u.ä.

1070 Wien, Museumstraße 5/II
Telefon: (1) 93 13 82

FORSCHUNGSSTELLE MORPHOLOGIE:

Vorträge, Arbeitsgruppe "Pes formosus", wissenschaftliche Beratung auf anatomisch-physiologischem Gebiet, Publikationen.

1070 Wien, Museumstraße 5/II
Telefon: (1) 93 13 82

INSTITUTSBIBLIOTHEK:

Über 5.000 Bücher und Broschüren. *Schwerpunkte*: Geschichte (Arbeiterbewegung und -kultur, Faschismus und Nationalsozialismus, Widerstand), Wirtschafts- und Sozialpolitik, Soziologie, Philosophie, Bildung (Erwachsenenbildung, Wissenschaftspolitik), Psychologie, Naturwissenschaften, Literatur, Kunstgeschichte, Architektur.

Zeitschriften: ca. 100 Zeitschriften und Zeitungen, u.a. Architektur und Bauforum, Buchkultur, Erwachsenenbildung in Österreich, Forum, freibord, Literatur und Kritik, Manuskripte, Medien & Zeit, mitbestimmung, Mittelweg 36, Österreichische Musikzeitschrift, päd extra, Podium, Protokolle, Südwind, SWS-Rundschau, Wespennest, Wiener Zeitung, Wirtschaft und Gesellschaft, Zast, Zeitgeschichte.

1090 Wien, Berggasse 17/1
Telefon / Fax: (1) 34 43 42
Mo. - Fr., 9.00 - 16.00 Uhr

ZEITSCHRIFTENBIBLIOTHEK PSYCHOANALYSE, PSYCHOLOGIE UND POLITIK:

Ca. 80 aktuelle Zeitschriften, u.a. Arbeitshefte Kinderanalyse, Athene, Aufrisse, Der Wunderblock, Internationale Zeitschrift für Psychoanalyse, Kuckucksnest, Lettre International, Psyche, Schulhefte, Störfaktor, Werkblatt, Wissenschaft und Frieden, Zeitschrift für Individualpsychologie

1070 Wien, Museumstraße 5/II
Telefon: (1) 93 13 82

